

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 Bände und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche 20 Pfg. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.02, wo keine Post am Orte M. 2.32.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expeditionsgesellschaft
für die Verbreitung des
oben besagten Bogen
Katholische Zeitung 40 Pfg.
Sonntagsblätter 20 Pfg.
Anzeige für Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Katholische Zeitung 40 Pfg.
Bericht- u. Berichtigungsbogen
15 Pfg. wöchentlich.
Inhalte für die nächste Nummer
werden bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 76.

Breslau, Dienstag, den 31. März 1914.

25. Jahrgang.

Eine Volks-Antwort.

Man schreibt uns aus London:

Noch sind die herausfordernden Reden von Botha, Smuts und Konforten im südafrikanischen Parlament nicht verhallt, da haben die Massen der Bevölkerung außerhalb des Hauses bereits eine Antwort darauf gefunden, die jene Herren kaum erwartet haben dürften. Bis am 18. März die Resultate der Wahlen zur Transvaal Provinzialverordneten-Versammlung bekannt wurden, zeigte es sich, daß diese sich zu einem einzigen großen Triumph für die Arbeiterpartei gestalteten. Von den 25 zu belegenden Mandaten waren 23 der Arbeiterpartei zugefallen — statt wie bisher ein Oppositions-Grüppchen von zwei Mann zu bilden, wird die Arbeiterpartei in der aus 15 Provinzialverordneten bestehenden Versammlung nun die Mehrheit haben. Diese Provinzialversammlung hat ziemlich weitgehende Kompetenzen, sodaß sich hier der Arbeiterpartei ein weites Tätigkeitsgebiet erschließt. Freilich hat nach der Verfassung das Parlament ziemlich ausgebreitete Möglichkeiten, in die Arbeit der Provinzialversammlungen dreinzureden, man kann demnach wohl erwarten, daß die Arbeiterpartei in Transvaal einer recht kämpferischen Zukunft entgegengeht.

Ein anderes Ereignis, das sich zwei Tage später abspielte, zeigt uns aber auch, daß diese so hoch ansehende, gegen die Botha-Regierung gerichtete Volksbewegung sich durchaus nicht allein auf Transvaal, den Schauplatz der Juli- und Januarereignisse, beschränkt. Bei der am 20. März im Wahlkreis Viesbed in Kapland erfolgten Nachwahl zum Parlament erhielt der Kandidat der Arbeiterpartei Maginex 1298 Stimmen, seine beiden Gegner nur 474 und 337 Stimmen. Es ist dies das erste Mal, daß in der Kapkolonie ein Arbeiterkandidat gewählt worden ist. Dieser glänzende Sieg beweist, daß die fünf britischen Volksvertreter im Parlament der südafrikanischen Union, die einer übermütigen, struppeligen Geldsackregierung so entschlossen und tapfer die Spitze geboten haben, das Vertrauen nicht allein der Arbeiterschaft, sondern der großen Mehrheit der Gesamtbevölkerung errungen haben. (Dieses Nachwahlergebnis wurde inzwischen von den Provinzialratswahlen im Kaplande glänzend bestätigt. Die Red.)

Die gigantische Demonstration im Londoner Hyde Park und die Massenversammlungen in allen Teilen Groß-Britanniens haben nun auch bewiesen, daß die tapferen Pioniere der Arbeiterfrage in Südafrika in ihrem heldenmütigen Kampfe nicht allein stehen, sondern daß die gesamte Arbeiterschaft Englands mit ihnen ist. Trotzdem hat unter diesen Verhältnissen die britische Regierung ihre Zustimmung zu Bothas Indemnitäts-Bill gegeben, und zwar — im Namen der Demokratie! „Wir haben kein Recht“, sagt der Kolonialminister Harcourt, „uns den Wünschen der südafrikanischen Bevölkerung zu widersetzen.“ Es ist freilich nicht einzusehen, wozu dann diese selbe liberale Regierung in die südafrikanische Verfassung jenen Artikel 64 aufgenommen hat, der der Regierung des Mutterlandes das Vetorecht einräumt. Soll dieser Artikel vielleicht nur dann Anwendung finden, wenn eine gar zu vollständige Regierung in Südafrika die Ausbeuterinteressen englischer Kapitalisten bedroht? Als es sich im vergangenen Juli darum handelte, britische Truppen im Randgebiet gegen streikende Arbeiter zu verwenden, hatte man derartige Bedenken jedenfalls nicht.

Es ist somit vollständig klar, daß die britische Regierung an den Vorgängen in Südafrika in hohem Maße mitverantwortlich ist, jedenfalls hat sie die volle Verantwortung dafür übernommen. Wenn also jetzt in den Kreisen englischer Arbeiterführer der Vorschlag gemacht wird, Mac Donald und Seddon nach Südafrika zu senden, um an Bothas gutes Herz zu appellieren, damit er die Rückkehr der neun Deportierten gestatten möge, so hieße das, die Frage zu umgehen, statt sie zu lösen. Es handelt sich durchaus nicht nur um die Rückkehr der „Neun“ nach Südafrika, es handelt sich um die Freiheit der Arbeiterbewegung in den englischen Kolonien. In den Verfassungen der englischen Tochterstaaten (auch in der irischen Home-Rule-Bill) befinden sich Beschränkungen in Bezug auf auswärtige Politik und anderes. Warum sollte es da nicht möglich sein, gewisse Volksrechte: Koalitionsrecht, Versammlungs- und Pressefreiheit zc. für das ganze britische Reich festzulegen.

Am 7. April wird in London ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß zusammenzutreten, um sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Da wird es sich zeigen, ob die englische Arbeiterschaft aufgestellt genug ist, dem Liebel an die Wurzel zu gehen, oder ob es den unrentablen Anhängern der liberalen Regierung unter den Arbeiterführern gelingen wird, indem sie auf Botha allein loszugehen, seine Mitschuldigen in Westminster zu schützen.

J. G.

Die Wahlen in Schweden.

Die Sozialdemokratie an der Spitze.

Ueber den Ausfall der Wahlen in der schwedischen Hauptstadt Stockholm, die zuerst an die Urne gehen mußte, weil die Reaktionsäre hier auf die größte Wirkung des Militärverordnungsgegesetzes rechneten, wird offiziell berichtet:

Bei der Auszählung der Stimmen in einem der beiden Stockholmer Wahlkreise zeigte sich, daß für die Partei der Verteidigungsfreunde 6220 Stimmen abgegeben worden sind, während die liberalen Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Staaß 3530 Stimmen, die Sozialdemokraten 10.831 Stimmen erzielten. Die Liberalen haben ein Mandat an die Verteidigungsfreunde verloren. Bei den Wahlen 1911 erhielten im gleichen Wahlkreise die Rechte 3291 Stimmen, die Liberalen 3830, die Sozialdemokraten 9340 Stimmen. Die Wiederwahlen des Führers der Rechten, Admiral Lindman, des Führers der Sozialdemokraten Branting und des ehemaligen Kultusministers im Ministerium Staaß, Dr. Berg, sind gesichert.

In der Hauptstadt haben die Konservativen die größte Aussicht, Siege zu erringen. Die politischen Leidenchaften sind hier am meisten aufgepeitscht, in der Stadt des Bauernzuges, der Fährzere und der politisierenden Offiziere. Dazu kommt die Zerstückelung der Liberalen, die hier zu einem guten Teil ins Lager der Gegner abmarschieren.

Die politische Entwicklung Stockholms hat im Gegensatz zu anderen Hauptstädten sich nach rechts vollzogen, so weil die bürgerlichen Kreise in Betrach kommen. Hier hat das mobile Kapital des Landes seinen Hauptsitz, und dessen Vertreter sind durchweg konservative Parteigänger. Ein Teil des höheren Beamtenstandes geht natürlich ebenfalls mit der Reaktion, und nicht der kleinere Teil. Auch die Garnison, das Zentrum des schwedischen Soldatens, schließt sich im konservativen Lager, wo der Militarismus blüht. Dazu kommt das Rentnertum, das sich hier niedersäßt.

Nur meistent gibt aber die chauvinistische Welle den Ausschlag, die besonders in der Hauptstadt rast. Die schwedische Großmachtstellung ging im Jahre 1809 zwar unvorderrücklich verloren, als Finnland an Rußland abgetreten werden mußte. Aber der Geist lebt noch, und diese Leute glauben tatsächlich, daß, wenn Schweden nur die einjährige Dienstzeit und die seegehenden F-Küche bekommt, dann könne sich Rußland vertheidigen. „Keine Macht in der Welt wird uns bezwingen können“, heißt es sogar in der konservativen Wahlliteratur! Der ehemalige liberale Ministerpräsident Staaß wird offen als Landesverräter gebrandmarkt, der sich vom russischen Kubel hat kaufen lassen. Ein ganz wertloses Altkleid, das ihm von der Marineverwaltung der Fahr und Tag übergeben worden ist, hat er in seiner Schublade liegen lassen. Das soll plötzlich vollendeter Landesverrat sein, weil dieses Dokument angeblich dadurch der interessierten Behörde vorenthalten worden sei. Eben Hedén, der persönliche Freund und unverantwortliche Ratgeber des Königs, hat in dieser Hebe den Ton angegeben, und die kleineren Klaffer öffnen ihm nach. Jeden Tag platzt eine Bombe — aber immer Stinbomden.

Die Wahltagssphäriologie der Hauptstadt hatte etwas Amerikanisches an sich. Große Wagen, mit Plakaten besetzt, und mit den Landesfarben dekoriert, durchfahren die Stadt und fordern zur Wahl der betreffenden Parteilisten auf. Unsere Genossen haben 16 Automobile gemietet, die mit roten Fahnen geschmückt durch die Straßen eilen. Um 6 Uhr abends sind vierzig Genossen mit Trompeten ausgezogen. Sie benutzen zu zweien jeden Hof in der Stadt, um durch Waldhornsignale die säumigen Wähler an ihre Wahlpflicht zu erinnern. Für die Bürgerlichen agitieren auch viele Frauen, mit Bändern in den Landessfarben dekoriert. Das Wahlfieber ist demnach gestiegen, daß die Potenzen der Krankenhäuser und selbst der Greisenanstalten verlangen, zur Wahlurne geführt zu werden. Ein Arbeiter im südlichen Stockholmer Kreise, der an Lungenentzündung mit 40 Grad Fieber in seinem Bett darniederliegt, ließ allen Erstes die im Wahlbureau tätigen Genossen rufen und verlangte, daß sie ihn per Auto zur Wahlurne führen sollten, was selbstverständlich abgelehnt wurde. So ist die Stimmung.

Von den 14 Mandaten der Hauptstadt besaß unsere Partei zurzeit 7, die Konservativen 3 und die Liberalen 4. Nicht weniger als 20.000 Wähler können das Wahlrecht nicht ausüben, weil sie ihre Steuern nicht restlos bezahlt haben. Trotzdem hat unsere Partei sich tapfer gehalten.

Die Kreisstadtwahlen.

Aus den Städten laufen nun die Wahlergebnisse der kommunalen Kreisstadtwahlen vom 25. März ein. Die Situation scheint sich folgendermaßen zu gestalten: Die Li-

beralen halten im wesentlichen ihre Position, wenn auch einige Verluste zu verzeichnen sind. Erfolge erzielen die Konservativen und die Sozialdemokraten in ungefähr gleichem Verhältnis. Die Zahl der Mandate ist vermehrt und diese neuen Siege werden nach den bisher bekannt gewordenen Resultaten meistens den Konservativen und Sozialdemokraten zufallen. Den entscheidenden Ausschlag gibt jedoch das platte Land und hier stehen die endgültigen Resultate noch aus. Die Teilnahme an den Wahlen geht bis zu 95 Prozent der Wahlberechtigten hinauf, eine noch nicht dagewesene Wahlbeteiligung. Das Wahlrecht ist ein Pluralwahlrecht, das je nach der Steuerleistung des Wählers ihm bis zu 40 Stimmen gibt. Im Endeffekt kommt so ungefähr dasselbe wie bei dem preussischen Dreiklassenwahlrecht heraus. Auf den sozialdemokratischen Wähler pflegen im Durchschnitt acht bis zehn Stimmen zu entfallen, auf den liberalen 18 bis 20 und auf den konservativen 28 bis 30. Das erklärt ja auch den Vormarsch der beiden Fingelparteien; die Sozialdemokratie bringt die größere Zahl der Wähler auf, die Konservativen aber verfügen über die größere Steuerkraft und haben daher relativ mehr Stimmen.

Politische Uebersicht.

Der Kaiserbrief gegen den Katholizismus.

Im Anschluß an die Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die amtliche Nachforschung über den Verbleib des Kaiserbriefes an die Landgräfin von Hessen kein Ergebnis gehabt habe, und daß sich auch im Nachlaß des Fürstbischofs Ropp der Brief bisher nicht vorfand, schreibt die „Nachener Volksfreund“: Es wäre der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht schwer, den Brief, wenigstens in authentischer Kopie, zu erlangen. Wir möchten weiter mitteilen, daß bei Vorhanden des Briefes zu erreichen ist.

Dazu bemerkt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: „Wer hat den Vertrauensmißbrauch begangen und Abschriften von dem Briefe hergestellt und verbreitet?“ Die Beantwortung dieser Frage mag ja auch ganz interessant sein, wichtiger ist aber doch das andere: Hat Wilhelm II. sich tatsächlich so kraß abfällig über die katholische Kirche geäußert? Neben dieser Feststellung kommt die Namhaftmachung des „Verräters“ erst in zweiter Linie in Frage. Es wird ja auch ein sehr frommer Mann sein, denn andere haben die Kaiserbriefe ja nicht in die Hände bekommen!

Ein absichtliches Mißverständnis.

Als in der vorigen Woche der ehemalige Pfarrer und jetzige fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Naumann in einer liberalen Versammlung im Konzerthause seinen alten Gedanken einer gemeinsamen Linken gegen die Herrschaft von Landadel und Klerikalismus propagierte, knüpften wir im Hinblick auf die unsicheren Rantonisten des Nationalliberalismus daran die Bemerkung: Wir ziehen die Trennungslinie zwischen „alter Herrschaft“ und „neuem Volk“ nicht jenseits der Nationalliberalen, sondern zwischen Kapital und Arbeit. Daraus macht nun die „Breslauer Zeitung“ in einem eigentlich gegen Naumann gerichteten Artikel folgendes:

In der Kritik der „Volkswacht“ steckt ein Körnchen Wahrheit, wenn sie sagt: Naumann gehe den Sirich rechts von den Nationalliberalen, die Sozialdemokratie hingegen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese Kritik ist vom sozialdemokratischen Standpunkt, wie gesagt, nicht ganz unzutreffend, nur daß die Curventätigkeit, man kann hier ruhig sagen: die Beschränktheit, noch viel krasser zutage tritt. Für die Sozialdemokratie gibt es nur zwei Klassen von Menschen: der Lohnarbeiter, das ist der gute, edle und dabei auch unendlich bedürftige Mensch, und drüber der Arbeitgeber, der böse, hartnäckige, im Uebermaß sich wählende Ausbeuter. Mit Zwischenstufen hält sich die Sozialdemokratie nicht auf. Sie hält es auch für ganz selbstverständlich, daß jeder Lohnarbeiter, wenn das Klassenbewußtsein in ihm erwacht ist, im Besitze der alleinsetzenden Weltanschauung ist, während jeder Arbeitgeber, ob er Großgrundbesitzer, Großindustrieller oder auch Bauer oder Handwerker ist, einen Zell ausmacht, der ebenso selbständigen, wie sozial verständtellen reaktionären Masse.

Für so Mißverständnis braucht die „Breslauer Zeitung“ weder die Sozialdemokraten noch ihre Leser halten, daß die ersteren eine solch beschränkte Auffassung von den Eigenschaften der Klassen haben, und die letzteren das glauben. Wir könnten die aberne Geschichte von dem guten, edlen Arbeitnehmer schon mit dem Hinweis auf all die gelben, schwarzen, bernsteinen, indifferenten oder ganz verkommenen Arbeitnehmer abtun, die wir tagtäglich bekämpfen und für deren Ekel und Sünde wir wirklich unsere Hand nicht ins Feuer legen, aber wir sind nachlässig offener als genug, jene verächtlichen Praxisten auch nicht für die von uns vertretenen Arbeiterschaften in Anspruch zu nehmen. Wir halten die sozialdemokratischen Arbeiter für Menschen mit denselben Vorzügen und Fehlern wie alle anderen, und sagen ihnen das jederzeit offen ins Gesicht, alles andere wäre mit dem Laub zu sagen, heuchlerischen Ursprungs. Und insbesondere ist die sozialdemokratische Deutung, die Not und Elend uns

Den materiellen Entwicklungsbedingungen zu erklären ver- sucht, gerade die Auffassungswelt, die die Lage der Arbeiter nicht auf die „Höhen, hartnäckigen“ Arbeitgeber zurückführt. Deshalb gerade ist es zum Beispiel die erfolgreiche Gegnerin des Antisemitismus geworden. Und weil die Sozialdemokratie die allgemeine Einstellung nicht vornimmt, die die „Breslauer Zeitung“ ihr zuschreiben möchte, deshalb finden so viele Arbeiter ihren Weg in unsere Reihen, deshalb gehören mehrere Hundert Arbeiter in Breslau der Parteiorganisation an — im Reich sind es sicher Tausende! Deshalb vollzog erst kürzlich ein Breslauer Großfabrikant seinen Austritt aus dem Freisinn, der ihm besonders in der Vergütung zu wenig fruchtbar vorkam, und wandte seine ansehnlichen Beiträge unseren Klassen zu.

Nicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hatten wir unseren Trennungsschritt gezogen, sondern zwischen Kapital und Arbeit. Auch unter den Arbeitgebern und speziell unter den Bauern und Handwerkern, welche bei der Gelegenheit die „Breslauer Zeitung“ gegen uns aufzutreiben versucht, sind zahllose, die einen großen Teil ihres Einkommens der eigenen Arbeit verdanken und nicht dem Kapital, die deshalb zu uns Arbeitern halten, obwohl sie auch „Arbeitgeber“ sind. Sie gehören in den politischen Kämpfen an unsere Seite und stehen zum großen Teil auch hier. Dagegen flüchtet das Kapital und seine Träger in den heutigen Kämpfen fast immer unter die Fittiche von Säbel und Messer, von Landadel und Kirche, um sich vor dem Ansturm des Volkes zu retten, und deshalb halten wir die Träger dieses Kapitals für nicht geeignet als Kameraden im Kampfe des neuen Volkes gegen die alte Herrschaft. Wir dächten, dieser Gedankengang ist so einfach, daß die „Breslauer Zeitung“ wirklich nicht nötig hätte, uns jenen ungeheuerlichen Unsinn anzuhängen, dessen Widerlegung alsdann allerdings keine großen geistigen Anstrengungen erfordert. Etwas tiefer muß man schon in die Auffassung seines Gegners eindringen, wenn man ihn zu widerlegen die Absicht hat.

Ebenso wenig ist die „Breslauer Zeitung“ berechtigt, eine oder einige Unkorrektheiten bei der Werbung neuer Mitglieder in der roten Woche als Probestück aus dem Zukunftstaate zu feiern. Solche Unkorrektheiten kommen leider überall einmal vor, und daß die Partei sich ausschließlich gegen Zwangsmittel wendet, ist bekannt, sie haben für sie gar keinen Zweck.

Totale Unstimmigkeiten.

Den großen Tagen, die sich an den Sieg von Jerschow angeschlossen, sind im Lager der Konservativen wieder recht trübe Stunden gefolgt. Ihre Herzen erklingen in Mollatönen, sie beweinen den Herrn v. Liebert und bedauern den Herrn Hoeck, den der Reichstag so brüsk um sein Mandat für Stendal-Dierburg gebracht hat. Die Nationalliberalen präsentieren als Kandidaten für den unruhigen Kreis den Führer des Bauernbundes Wachsborst de Wente, einen den Jüngern außerordentlich verhassten Mann, der außerdem in dem Verdacht steht, daß er bereit ist, sich die Stichwahlhilfe der Sozialdemokraten durch die Anerkennung ihrer Bedingungen zu sichern. Wachsborst de Wente, der Name allein bedeutet Kampf bis aufs Messer, und schon haben die eckpreußischen Männer die Hand zum Schwure erhoben, daß sie in Stendal wie die Löwen fechten werden. Für Monate hinaus ist also mit einer neuen Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen zu rechnen, und Herr Fuhrmann und seine altliberalen Freunde werden die Spalten ihrer Korrespondenz wieder mit den lebhaftesten Klagen über die schwere Not der Zeit und den Mangel an Zusammenhalt unter den staatsbehaltenden und antidemokratischen Parteien füllen können.

Wir unsererseits sehen mit stillem Behagen der Umordnung zu, die in die Reihen unserer Gegner gekommen ist. Die Intransigenz der Junker und der Mandatshunger

der Nationalliberalen sind in einem sehr positiven Moment aufeinandergeprallt. Jetzt werden Beschwerden, Anklagen und Beleidigungen hinüber und herüber schallen, und in dieser Zeit wird es nicht leicht sein, sich zu irgend einem gemeinsamen Vorstoß wider die Sozialdemokratie zu entschließen, denn wenn die Bürgerlichen untereinander ins Geräusche geraten, dann prügeln sie zunächst wenigstens willber darauf los, als wenn es gegen die Sozialdemokraten ginge.

Auf der anderen Seite dürfen wir diese Dinge aber auch nicht überschätzen. Es handelt sich um Unstimmigkeiten, nicht um tiefe und ernste Gegensätze der Interessen oder der Weltanschauung. Es handelt sich nicht einmal um die Frage, ob der gegenwärtige Zolltarif beibehalten oder herabgesetzt werden soll, geschweige denn, ob der Schutzoll oder der Freihandel den Vorzug verdient. Es bestehen höchstens Meinungsverschiedenheiten darüber, was unter einem künftigen Zolltarif zu verstehen ist, und ob unter Umständen auf die Zollbelastung des Schweinefutters verzichtet werden kann. Weder der eine noch der andere der beiden Kämpfer will auch der Demokratie irgendwelche ernsthaften Zugeständnisse machen. Sie sind sich höchstens uneinig über die Mittel, mit denen die demokratische Gefahr am besten hintanzuhalten ist; der eine will an den Privilegien des Junkertums nicht gerüttelt sehen, der andere möchte für die liberale Bourgeoisie einige Vorteile heraus schlagen und meint, daß ein Bündnis zwischen ihr und den Bauern den besten Wall gegen den Ansturm darstelle. Keiner von beiden ist endlich Anhänger einer Erweitern des Reichs der Arbeiter im Arbeitskampfe; im Gegenteil, beiden ist die Koalitionsfreiheit ein Dorn im Auge, nur daß der Konservative ihr auf dem Wege der Ausnahmegesetze zu Leibe will, während der Nationalliberale vorläufig noch mit Polizeierordnungen operiert und in der Angst um sein Mandat unter Umständen auch die Verpflichtung übernimmt, seine angebotenen Schatzmacherinstinkte ein wenig zu dämpfen.

Unstimmigkeiten also und keine wirkliche Feindschaft! Die gibt es für beide nur gegenüber der Sozialdemokratie. Uns beunruhigen die Differenzen der Ordnungssüßigen, und wir versuchen, so viel als möglich Nutzen aus ihnen zu schlagen. Aber wir vergessen nicht, daß sie nur äußerlich und vorübergehend sind.

„Einigung“ im nationalliberalen Lager.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hielt am Sonntag eine Sitzung in Berlin ab. Die Verhandlungen fanden im Zeichen der Einigung. Die Rede Wassermanns floß über von froher Zuversicht und Freude an der prächtigen „Harmonie“ in der nationalliberalen Partei. Mit Ausnahme der Konservativen seien Meinungsverschiedenheiten in allen Parteien vorhanden, die wenigsten aber noch in der nationalliberalen Partei.

In der Diskussion, an der sich Vertreter aus den verschiedenen Bundesstaaten beteiligten, kam der Wunsch zum Ausdruck, die Harmonie, von der Wassermann phantasiert hatte, wenigstens auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen; d. h. die Jungliberale und die altnationalliberale Organisation zu vereinigen. Dr. Friedberg und der Führer der sächsischen Nationalliberalen Dr. Vogel stellten den Antrag, „den gemeinschaftlichen Ausschuss zu beauftragen, Verhandlungen einzuleiten um die gleichzeitige Auflösung der Jungliberalen wie des altnationalliberalen Verbandes unverzüglich herbeizuführen“. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die Altnationalliberalen waren aber vorsichtig gewesen. Bevor sie diesem Antrag zustimmten, hatten sie sich versichert, daß die „Einigung“ nur auf der Basis der altnationalliberalen Taktik erfolge und sie ließen sich ihren Triumph dann durch folgende wieder von dem Dreimänner-Kollegium Wassermann, Friedberg und Vogel eingebrachte Resolution bestätigen:

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei bringt den Beschluß seines Geschäftsführenden Ausschusses vom 1. Oktober 1911 gegen das Eingehen bindender Verpflichtungen nationalliberaler Kandidaten gegenüber anderen Parteien in

Erinnerung. Er erwartet, daß dieser Beschluß insbesondere hinsichtlich sozialdemokratischer Stichwahlbedingungen ausnahmslos befolgt wird, da er andrerseits die Freiheit der parlamentarischen Beilassung aus schließendes Verhalten mit der Reichsverfassung, der Vertrauensstellung der Abgeordneten und den Grundsätzen der Nationalliberalen Partei nicht vereinbar ist.

Das ist ein glatter Sieg der Fuhrmannschen Richtung in der nationalliberalen Partei, und die „Einigung“ ist also nichts anderes als eine merkbare Schwankung nach rechts, die allerdings schon seit einiger Zeit vorauszu sehen war.

Der Schmerz der Altnationalliberalen.

Die altnationalliberale Gruppe klagt um Herrn von Liebert, „als wär's ein Stück von ihr“, und ihre Korrespondenz will nicht fehlen, wo über den Vaterlandsverrat der Fortschrittler gesehelt wird.

Man kann nur annehmen, schreibt Herr Fuhrmann, daß die fortschrittliche Parteileitung im Reich inzwischen von der Sozialdemokratie an die Vasallenpflichten erinnert worden ist, die auch heute noch aus dem Dämpfungsabkommen dem Freisinn obliegen. Nur so kann es sich erklären, daß diese Parteileitung durch die „Freisinnige Zeitung“ die erwählten sächsischen Abgeordneten besauonieren und die kaum verhallte Parole für die Sozialdemokratie ausgeben ließ.

Diese Sorte von Politikern vermag sich eben schlechterdings nicht vorzustellen, daß der Liberalismus einmal gegen die Reaktion Front macht, ohne von der Sozialdemokratie terrorisiert zu sein. Aber was sagen wir? Gegen die Reaktion? Wörtlich steht in der „Altnationalliberalen Korrespondenz“ zu lesen:

Wenn hier schon einem bürgerlichen Politiker gegenüber, der wohl kaum im Geruche der Reaktion steht, der Freisinn seine der Sozialdemokratie wohlverwandte Seele entblüht, dann ist damit wohl leider alle Hoffnung aufgegeben, diese demokratische Partei dem Gedanken der bürgerlichen Gemeinschaft in absehbarer Zeit zurückzugewinnen.

Donnerwetter! Herr von Liebert sieht „wohl kaum im Geruch der Reaktion“. Wie muß der dann — buuten, der bei den Altnationalliberalen in den Geruch eines Reaktionärs kommen soll?

Magdeburger Hausagarienforderungen.

In Magdeburg liegt seit langer Zeit die Bautätigkeit völlig darnieder, wodurch ein schauerlicher Wohnungsmangel herauf beschworen ist. Nur 1,6 Prozent der Wohnungen stehen leer. Eine solche Wohnungsnot ist den Hausagariern ein durchaus erwünschter Zustand. Das haben die Hausbesitzervereine in Magdeburg auch richtig erkannt; in einer fast beschleunigt bertrautlichen Versammlung beschlossen sie einstimmig, die Mieten in ganz Magdeburg durchgängig um nicht weniger als 15 Prozent zu erhöhen. Der Referent betonte, daß diese 15 Prozent nicht genügen könnten, sondern nach etwa zwei Jahren müsse eine weitere Steigerung um 10 Prozent erfolgen! Die Erhöhung wurde mit den üblichen Lebensarten begründet: die Hausbesitzer würden Lasten über Lasten aufgebürdet, so daß mancher bei der Verwaltung seines Hauses Geld darauf legen müßte usw.

Zu ihrem maßlosen Verlangen nach mehr Miete verloren die Hausagariere alle Herrschaft über sich selbst. Mit Gewalt wurde die Drohung aufgenommen, durch gleichzeitige Kündigung von 30.000 Wohnungen das ganze Geschäftsleben stillzulegen. Ein Redner versetzte sich zu der Bemerkung, man solle die Großmünder von Mieten an die Luft setzen und zwingen, sich selbst ein Haus zu bauen. Die Herren fürhten sich ganz unter sich und glaubten, auf die Öffentlichkeit keine Rücksicht nehmen zu brauchen; sie hatten nämlich zu Beginn ihrer Versammlung die Pressevertreter aus dem Saal gewiesen!

Die schrankenlosen Forderungen der Hausagariere müßten einen Sturm der Entrüstung in der Mieterschaft zur unausbleiblichen Folge haben. Die Mieter werden zur Selbsthilfe greifen, indem sie die Bausparvereine stärken, und darüber hinaus wird der Gedanke neue Anhänger finden, den die Sozialdemokratie vertritt, daß das Wohnungswesen seines privatrechtlichen Charakters entleidet werden muß. So werden auch die Hausbesitzer zu einem Teil von jener Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Eine zweite Reise nach Rom wurde mir angekündigt, wie auch alle diese Entschickungen in der höchsten Form, aber in der stillschweigenden Voraussetzung meiner Zustimmung. Es war nicht meine Schuld, daß auch ich inzwischem verlernt hatte, meine Empfindungen zu äußern. In der Gesellschaft des Schweigens verstand der Mittelstamme zuletzt, aber dafür auch ganzlich. Ich sah voraus, was kommen würde; ja, ich war entschlossen, daß es kommen sollte. Ich habe Dir den frivolen Leidenschaft nicht bemerkt, mit welchem ich an den Altar getreten. Der Frevelmut meines Jungen, halb verbrannten Herzens hatte sich nicht erfüllt; ich war besser geblieben, als ich mich selbst geschätzt; ja, ich darf sagen: ich war mit der Zeit ein Meßer geworden. Jetzt, da ich mein eheliches Mühen vergeblich, da ich es verkannt, unbeschadet war, das Schicksal frech herausgeschleudert sah von ihm, der mir hätte dankbar sein sollen, daß ich ihn und mich mit so schweren Herzensopfern davor bewahrt — jetzt wurde ich schlechter, als ich je gewesen — jetzt wurde ich wahrhaft schlecht. Ich spottete in meinem Innern des Unmühen, der Trauben schlüßte wolle von dem Dornenstrauch; ich verachte heimlich den alten Loren, der auch nur einen Augenblick im blühenden Menschenauge in die Tiefe ihres Glanzes blickte.

Es ist wunderbar, daß ich Dir das alles sagen muß; um so wunderbarer, als dies ja kein weißes Spiel einer zerüttelten Phantasie ist, als es ja alles, alles in größtenteils Erfüllung ging.

Marie, die in dem Sofa zusammengesunken sah, brühte ihr Gesicht schauernd in die Hände. Ein Fieberrost durchschüttelte die ganze Gestalt; sie hätte sie gern gehalten, für heute abzuschauen; aber sie fürchtete, daß sie von den Lippen der Unmühen, den bitteren Reiz nicht nehmen dürfte, auf dessen Einzelnen doch ein Tropfen Jodsalz war; der Tropfen, der endlich einmal im blühenden Menschenauge in die Tiefe ihres Glanzes blickte.

D, daß ich nicht weiter erzählen kann, ohne selbst Dein leuchtendes Ohr zu verletzen, wie ich Deine leuchtende Seele schon zerissen habe! Es muß ja eben sein; man kann das Unreine nicht in reine Worte kleiden. Und von dem Augenblicke, als ich mich eckwürdigen Boden wieder berührt, wird auf lange, unendliche Jahre alles, alles in meinem Leben beschmutzt und beunruhigt, bis ich zuletzt mit Weisheit auf die Vernunft blicke, die beim Scheitern der Straßenlaternen einen Käufer für ihre Reize suchen. War ich doch in den Tänden eines, der, Leid und Seele zu verderben, dem Abgrund selbst entfliegen scheint! Und doch, hat es Jahre, Jahre gedauert, bis diese Erkenntnis in mir zu bämmern begann; Jahre, bis dieser Abgrund zur betäubenden Empörung wurde, und wenn diese Empörung zur Tat sich aufraffte, wie ich zu Gott bete und hoffe, ich verbanke es Dir — einzig Dir! Der Ermüdung, die ich aus Deinem hohen Ansehen getrunken, dem Mut, den mir Deine eble, stark Liebe eingeblüht, die, ohne auch nur eine Pflicht zu verletzen, so stehet neu durch alle Hindernisse hindurch dem einen hohen Stern zu streben; verbanke es der Sehnsucht, mir Deine Liebe zu gewinnen, mich ihrer wert zu machen, so weit es noch in meinen Kräfte steht; so weit tiefste Herze schmerzliche Schuld entzünden mag.

Ich konnte sagen, es war ein Raub, der mich in die Arme des Entsetzlichen, das heißt in mein Verbrechen stürzte, und es kam ja so vieles zusammen, was mir Verstand und Gefühl umnebeln magte: die jahrelange Qual, die ich ertragen, und wann ich ertrage; die Schwelgerei, mit der man mich aus der so schwer erlangten Resignation herausgerissen; die Maßlose einer Leidenschaft, die, nachdem sie so lange künftlich zurückgehalten, jetzt alle Schranken überstürzt; der dämonische Reiz, mit welchem nicht reine Seelen das Verbrechen lockt. Wie viele sind unterlegen, bei denen die Beschränkung nicht so mächtig war! Aber das diese Raub so lange anhielt, daß ich nicht, ich war bewußt, daß ich bestraft sein wollte! Es erscheint mir jetzt alles wie ein wüster Traum, trotzdem die goldene Sonne Italiens ihn durchleuchtet, Orangenbäume ihn umtoben, die sanften Blüten des Meeres ihn umschwebeln. Mein Zatte hatte nach wenigen Monaten den letzten Kampf aufgegeben; er war abgetaucht — geschlagen, getödet, ohne auch nur noch die Kraft zu haben, eine Gullenschwanz herbeizuführen, mir, sich ihm nur überlassend, so lange fern zu bleiben, wie es mir beliebte. Ob er gekostet hat, diese schmerzliche Geduld werde mich züchten, der Entsetzliche hätte zu meinem Herzen sprechen, als der Anwesende, die Trennung nicht züchten, was ich an ihm verlieren würde, bereits verloren habe — ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß ich für keine künftliche Nacht, wie ich es nannte, nur Spott und Lächer hatte, ohne einen Schatten des

Mitleids an ihn dachte, wenn ich überhaupt an ihn oder an irgend etwas anderes dachte, als meine Freiheit in geringen Zügen zu genießen. Und hätte ich ihm folgen wollen, wie ich es nicht wollte, ich hätte es nicht mehr gekonnt; ich war, nach bevor er floh, an ihn, vor dem er floh, gekesselt mit den stärksten Banden, die das Weib an den Mann ihrer Wahl festhalten können. Aber was sonst im Leben des Weibes so oft eine Wandlung hervorbringt, selbst die Leichtfertigkeit zum Nachdenken zwingt, die eckernen Gefühle in ihr wach ruft — mir brachte es keine Reue, ja — entsetzlich zu sagen! — keine Freude; ich bebte eines Unterpandes seiner Liebe nicht, und es brachte ihm, dem ich den Pfad mit Rosen bestreuen wollte, nur Verleumdung und Sorge.

Er hatte keine Mühe gehabt, mich zu überzeugen, daß mein Zustand tiefstes Geheimnis für alle Welt bleiben müsse. Unsere Hoffnung war, daß mein Zatte selbst auf Scheidung drängen würde, und da wir — dank der taufstischen Gewandtheit des Zatte — die Sittlichkeit nicht verletzen wollten, mein Zatte freiwillig gegangen war, ich nicht ihn, sondern er mich verlassen, konnte die Scheidung nicht anders, als zu meinem, das heißt zu unseren Gunsten ausfallen — waren doch unsere Geschäfte von jetzt an unantastlich verbunden!

Und nun kam ein Umstand, der — o Götter, Eitel habe Erhabenheit mit mir! Wie soll ich es sagen? Wir regneten, wir hofften auf meines Gatten Tod. Von Giraldis Spähern — er hat sie ja über die ganze Erde verbreitet — war uns berichtet, daß mein Zatte krank sei; dann, daß seine Krankheit eine bedenkliche Wendung nehme; endlich, daß die Ärzte keine Hoffnung geben, wenn auch die Kurpfunde so bald nicht erlöschen werde. Mir zitterten vor der Brust, die mich an sein Krankenlager rufen würde; wir kamen über Vordämme, die mich entsetzlichen sollten, wenn ich dem Rufe nicht Folge leistete: die Zatschott kam nicht. Aber auch nicht die, welche wir jetzt mit um so größerer Spannung erwarteten, als meine Stunde immer näher rückte. Es leicht weißlich sollte man uns nicht finden. Wir taten uns zwischen Anagni und Salerno, tief im Gebirge, dem einsamsten Ort gewähl; meine alte Feldner war unsere einzige Begleitung. Das köstliche Kräftlein wurde geboren, und sobald ich dem Schrecklichen folgen konnte, hort ich den Händen der Treuen zurückgelassen. Ich mußte mich so wieder in der Welt zeigen, in den Salons Neapel's von Stützen zu sitzen, das wir im Jünger durchsah, und wo ich die letzten Monate zugebracht haben wollte! Und keine Gebührensätze, nicht einmal das Verlangen, das unschuldige Kind da oben im Gebirge zu sehen, von ihm zu hören! Sage, daß ich wahrhaftig war; es ist wirklich das rechte Wort!

(Fortsetzung folgt.)

Eine Abfuhr der Mästungsstreiber.

Die „Vaterländische Staatszeitung“ hat sich über die Angriffe jenseitig, die der Wehrereignisgeneral Reim gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Herrling kürzlich in Offen unternehmen hat. Sie sendet daher an die Adresse Reims und seiner Traktanten folgende Epistel:

„Der durch den Eifer, mit dem er die maßgebenden politischen und militärischen Stellen im Reich über den Umfang ihrer Pflichten belehrt, nicht gerade vorurteilhaft bekannte General Reim hat sich gelegentlich einer Versammlung, die kürzlich in Offen stattfand, in mehr scharfen als überlegten Angriffen gegen den bayerischen Ministerpräsidenten wegen dessen bekannter Meinungen über die Mästungen ergangen. Genaugenaht ist ein Mann, dessen vortreffliche Absichten über jeden Zweifel erhaben sind, dem aber, wie die ganze Art seiner Agitation zugunsten der schnellen Stärkung unserer militärischen Machtigkeit beweist, die Gabe des Waghalsens fehlt, das zur Führung einer ernsthaften Diskussion notwendig ist. Die Art vollends, mit der die Notwendigkeit einer neuen Milliarde für Heereszwecke begründet, ist geradezu grotesk. Dieser begeisterte Patriot prophezeit nämlich für den Fall, daß sein Vorschlag, neuerdings tausend Millionen für Heereszwecke auszugeben, nicht verwirklicht werden sollte, nichts Geringeres, als den Verlust verschiedener Provinzen und 30 Millionen Kriegsschuldung. Eine Milliarde dieses Geldes kann der Sache unserer Armeen nicht nützen, ihr vielmehr nur schaden, da sie allen antimilitaristischen Elementen im Reich willkommenen Angriffspunkte bietet.“

Solche Abfuhr macht dem tapferen Reim nichts aus, er heißt weiter!

„Wie in Feindesland.“

Aus Elß-Bohringen liegen heute folgende beiden wenig erfreulichen Nachrichten vor:

Als Freitag um Mitternacht auf dem östlich von Neßl gelegenen Fort Kirchbach die Glocke der Einlaßpforte gegolten, wurde der wachhabende Sergeant in dem Glauben, es sei der aus der Stadt zurückkehrende Kommandant des Forts, die Tür öffnete, fiel aus nächster Nähe ein Schuß. Die Kugel traf die Brust des Unteroffiziers. Als dieser einige Schritte hinausging, um sich nach dem Täter umzusehen, fiel ein zweiter Schuß. Diesmal wurde der Wachhabende in die Lehne gedrückt getroffen. Die Kugel platzte sich aber an einem Fingerring im Vorterritorium, ohne Schaden zu tun, ab. Die sofort ausgesandten Patrouillen fehlten unverrichteter Sache zurück, da es in der tiefen Dunkelheit nicht möglich war, den Täter zu ermitteln.

Die andere Nachricht lautet: Als am Sonntag ein Jüwiler von der Feste Voßringen bei Meß einen Sack Kohlen stehlen wollte und trotz dreimaligen Warnens durch den Posten nicht stehen blieb, sondern flüchtete, schoß der Posten. Der Mann brach zusammen, wurde aber nicht mehr an der Stelle aufgefunden. Wie sich herausgestellt hat, stammte er aus Heves bei Meß und starb gestern früh dort.

Die „friedliche Eroberung der Grenzen“ wird durch solche Ereignisse ja gute Fortschritte machen!

Die „lästige Ausländerin.“

Den Ausweisungsbefehl erhielt in Berlin die in Breslau geborene Frau Erna Varenisch, die Tochter eines hier noch im Dienst stehenden Beamten, die sich im Jahre 1906 mit dem in Russland gebürtigen Kaufmann Varenisch verheiratet hat. Varenisch war im Alter von sechs Monaten nach Deutschland gekommen und hat 41 Jahre seines Lebens hier zugebracht. Weil er es verabsäumt hatte, sich naturalisieren zu lassen, ist er russischer Staatsangehöriger geblieben, trotzdem er seit seinem Kindesalter Deutschland nicht verlassen hat und sein Wort Russisch versteht. Durch die Ehe wurde seine Frau ebenfalls „Ausländerin“. Da er im vorigen Jahre mit den Strafverfolgungen in Konflikt kam und flüchtig wurde, wurde jetzt die Frau aufgefordert, bis zum 1. April das Landesgebiet zu verlassen, andernfalls sie per Schub über die Grenze gebracht würde. Zu bemerken ist, daß die Frau nebst ihren Kindern von ihren Angehörigen unterstützt wird und die Armenpflege nicht ge braucht hat. — Das Justizministerium beschäftigt sich jetzt mit diesem Vorgeben der Berliner Polizei.

Künftliche Tementi zu einem Kaisererbschaft. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Russische Slowo“ ließ einen russischen Würdenträger, der mit Leib und Seele der russische Kriegsminister General Ssuchomlinow fernlich war, politische Meinungen aus einem Gespräch mit dem Deutschen Kaiser mitteilen. General Ssuchomlinow ermächtigte demgegenüber das amtliche russische Informationsbureau zu der Erklärung, daß in der Audienz die der Kaiser dem russischen Kriegsminister gewährt habe, ausschließlich speziell militärische Fragen den Gegenstand der Unterhaltung bilden, und Fragen politischen Charakters dabei völlig unberührt geblieben seien. Wie wir hören, wäre eine Zurückweisung der falschen Aussagen der „Russische Slowo“ schon früher erfolgt, wenn der russische Kriegsminister, der dem Erscheinen des Artikels von St. Petersburg abwesend war, nicht erst am 28. März bei seiner Rückkehr von der Veröffentlichung der „Russische Slowo“ Kenntnis erhalten hätte.

Ein militärisches Schriftstück gemauert? Im Bureau des Generalkommandos des 18. Armee-Korps in Frankfurt a. M. ist dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ein wichtiges Schriftstück spurlos verschwunden. Bei zahlreichen Militärpersonen, die bei dem Generalkommando beschäftigt sind, wurden Sausuchungen vorgenommen, die jedoch ergebnislos blieben.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlergebnis in Sachsen. Der Landesauschuss der Fortschrittlichen Volkspartei Sachsens, der am Sonntag in Dresden eine Sitzung abhielt, stimmte dem Vorschlag eines Wahlbündnisses mit den Nationalliberalen bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen zu. Bedingung ist nur, daß der fortschrittliche Wahlstand gewahrt bleibt. — In den weiteren Verhandlungen gab es eine längere scharfe Auseinandersetzung über das eigenmächtige Eingreifen des Kandidatenkomitees in Dresden, in dem Wahlkampf in Borna-Begau. Dresden hatte bekanntlich die Forderung aufgestellt, für die Wahl zu stimmen. In einer sinnvollen Verurteilung dieses Verhaltens konnte sich freilich der Landesauschuss der sächsischen Fortschrittler nicht aufraffen. Man sah deswegen auch von einer Beschlußfassung ab. Aus diesem Grunde ist auch die Tatsache nicht weiter hoch angeschlagen, daß ein Leipziger Redner Budorke rechtlich fand, als er Dresden gegenüber betonte, der Feind sei die Stellung gegen rechts nehmen.

Derzeit verjährt sich. Die Antikriegsgesellschaft „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin beschloß 10 Prozent Dividende zu verteilen, außerdem Lanteme und dergleichen großkapitalistische Verteilungen.

Wieder ein Vorstoß des Zentrums für die geistliche Aufsicht. Das Zentrum hat im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu eruchen,

1. Unordnung zu treffen, wodurch die künftliche Einrichtung des Restorensystems an Volksschulen, besonders auch durch Einführung der Gemeinschaftserziehung beider Geschlechter, verändert wird;

2. auch bei Einführung des Restorensystems die geistliche Aufsicht beizubehalten, so lange nicht in anderer Weise das der Kirche gebührende Recht auf Aufsicht über den gesamten Unterricht in den Volksschulen sichergestellt ist.

Seine höheren Beziehungen. Auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird das Unannehmliche des Schachschachens in der Subkommission des Reichstages über Weitergehenden Anträgen an der Wahlrechtsnovelle geäußert.

unterstreichen. Für die Regierung sei es nach Lage der Sache anzusehen, „ganz ausgeschlossen, über die in der Novelle geordneten Grenzen hinauszuweichen. Jede Veränderung der Verordnungs-Ordnung über die nach eingehendster Prüfung als notwendig-erkannten Vorschriften hinaus würde, abgesehen von den finanziellen Wirren etc., nicht nur für andere Beamtenklassen des Reichs, sondern auch für die Bundesstaaten und Gemeinden zweifelhafte Folgen verursachen, die zur Zeit gar nicht zu übersehen sind.“

Die Erleichterungen bei der Fleischlieferung, die durch Gesetz vom 13. Februar 1913 eingeführt wurden, sind mit dem 31. März wieder aufgehoben. Demgemäß wird den Gemeinden die Postverpflichtung nur noch für solches Fleisch gewährt werden, das sie bis zum 31. März an die Verbraucher abgeben haben. Für Fleisch, das erst nach diesem Zeitpunkt abgeholt wird, verbleibt es bei der Erhebung der vollen Zollsätze von 27 bzw. 33 Mark für den Doppelzentner.

Konfessionelles Verbot einer Versammlung des „Komitee Konfessionslos.“ Eine Versammlung des „Komitee Konfessionslos“, die in Aussicht genommen wurde und von mehreren tausend Personen, hauptsächlich Gegnern der Kirchenaustrittsbewegung, besucht war, verfiel unter kaiserlichen Zwangsmaßnahmen der Auflösung. Als Präsidentin Willy Jannach-Berlin das Wort ergriß und in scharfer Weisheit zur Kirche das Programm der Konfessionslosen entwickeln wollte, wurde sie andauernd von Entstellungsrufen unterbrochen, die sich schließlich zu einer so starken Tumult steigerten, daß die überwachenden Polizeibeamten die Versammlung auflösten. Die Menge verließ darauf unter Abführung von kirchlichen und nationalistischen Gesängen das Versammlungsort.

Der Spiegel wird umgedreht. Der Abg. Abrecht hat den Professor Voelckel in Karlsruhe wegen Verleumdung verklagt. Der Prozeß wird dadurch besonders interessant, daß der Rechtsanwalt Alexander v. Harber, der sich von Abrecht bezogen erlaubt, als Zeuge vor Gericht eidliche Aussagen über den Tatbestand, von dem er glaubt, daß er einen Betrug darstellt, zu machen hat. Das Streitobjekt ist angeblich eine Summe von insgesamt 13 Mill. Mark.

Amerika gegen das deutsche Petroleummonopol. Der amerikanische Botschafter in Berlin ist vom Staatsdepartement der Vereinigten Staaten angewiesen worden, die deutsche Petroleummonopolvorlage zu prüfen und, wenn sie eine Ungerechtigkeit gegenüber amerikanischen Interessen herbeiführen könnte, Einspruch zu erheben.

Eine Korrespondenz meldet gegenüber der Vermutung, man habe sich bereits mit dem Scheitern des Entwurfs abgefunden: Das ist nicht richtig. Weder die Mehrheit des Reichstages noch die Verbündeten Regierungen denken daran, das Gesetz in die Verfertigung verschwinden zu lassen.

Musland.

Zu den Wirren in China.

Der gegenwärtig in Paris weilende chinesische General Li Liekum empfing einen Vertreter der „Sumanite“ und äußerte sich ihm gegenüber zur gegenwärtigen Lage in China.

Li Liekum glaubt nicht, daß sich Quansichai, der gegenwärtig den Paktat spielt, längere Zeit halten können. Er regiert in Wirklichkeit gar nicht mehr in China, denn das Land befindet sich augenblicklich in voller Anarchie. Zwar verfügt Quansichai noch über einige Truppen, aber sobald ihm das Geld ausgeht, was in kurzer Zeit der Fall sein wird, wird er fast die ganze Armee gegen sich haben.

Die chinesische Armee steht noch in den Kinderschuhen. Sie zählt kaum 400.000 Mann, die gut ausgerüstet und mit deutschen oder japanischen Gewehren versehen sind. In der letzten Zeit mußten viele Soldaten entlassen werden, weil man sie nicht besolden konnte, und man wird bald noch gar viele entlassen müssen. In Peking mag Quansichai noch über eine beträchtliche Heereskraft verfügen, aber nicht im ganzen Lande. Hier und da gibt es wohl einige Kanonen von Krupp und Maxim, auch einige französische und japanische Wobelle sind vertreten, aber das ganze Material ist ungenügend, um den Ereignissen zu trotzen, die sich entspinnen werden.

Der General erklärte noch, obwohl er Kriegsmann sei, sei sein Ideal doch der Friede, deshalb sei er Republikaner und Freund von Sun Yat Sen geworden, weil dessen demokratische und friedliche Gesinnung wohlbekannt sind.

Durch Epikel in eine Falle gelockt.

Vor einigen Tagen wurde der russische Emigrant Pawlow-Bessel unter starker Eskorte nach Odessa gebracht, nachdem er von russischen Regierungsgenossen nach Serbien gelockt und unter Mitwirkung französischer und russischer Epikel in Ustjub verhaftet worden war. Es steht jetzt bereits fest, daß dieser Verhaftung eine Anzahl Telegramme aus Petersburg an den russischen Konsul und an den Gouverneur in Ustjub vorausgegangen waren. In der Verhaftung nahmen die im russischen Solde stehenden französischen Epikel Bagarius und Loran teil, die Hand in Hand mit dem Kommandanten des russischen Konsulats in Salonik, Sabri Kurtschi, ihren Schutzenschreien ausließen. Als der verhaftete russische Flüchtling in Salonik eintraf, warteten sich die griechischen Behörden, Begleitmannschaften zu stellen. Pawloff wurde auf einem russischen Schiff unter starker Bewachung nach Odessa geschafft.

Über die Person des Verhafteten, der nun von den russischen und französischen Offizieren zum Anarchisten gestempelt wird, der angeblich einen wichtigen terroristischen Auftrag vorbereitet, gibt Burzew folgende Auskünfte: Pawloff-Bessel, seinen Lebensjahre nach Sozialrevolutionär, entloh nur mehrere Jahre aus der Katorga nach dem Auslande und lebte fortwährend in Italien und Frankreich, wo er sich von jeder Arbeit fernhalten wollte und in Fabriken arbeitete. Nach Ustjub reiste er auf die Aufforderung eines bekannten Franzosen, der ihm eine Stelle in einer Fabrik anbot. Offenbar ging Pawloff in eine ihm gemachte Falle, denn schon eine Woche nach seiner Ankunft in Ustjub wurde er von den ihm auf Schritt und Tritt folgenden Epikeln verhaftet. — Der geschickteste Schmeicheleier der russischen Behörden hat unsere Genossen in der Katerapoff und Gaptsewitsch beauftragt, eine Intervention im serbischen Parlament einzubringen. Auch die französische Liga der Menschenrechte tritt öffentlich dagegen auf, daß Mächten der französischen Politik entgegen den offiziellen Erklärungen und Versprechungen Clemenceaus — im Solde der russischen Regierung stehen und nach wie vor den Helfern und Förderern in Russland neue Opfer zuführen.

Abgang des englischen Kriegsministers. Im englischen Parlament wurde gestern offiziell bekannt gegeben, daß Kriegsminister Oberst Seeley seine Demission abgegeben hat. Das Versehen des Kriegsministers anstelle des zurückgetretenen Obersten Seeley ist durch den Ministerpräsidenten Asquith übernommen worden.

Freimaurerchef Frey und General Ewert haben endgültig ihr Abschiedsgeläch eingereicht.

Arbeiterpartei und Regierung in England. Der Londoner „Standard“ behauptet, daß die Leiter der Arbeiterpartei mit der Regierung wegen eines Abkommens für eine Wahlrechtsnovelle außer dem Parlament und außerhalb der Reichstagsgebäude in Frage kommt, in Verhandlungen stehen. U. a. soll die liberale Partei, wenn das Abstimmungsamt zustande kommt, einen Beitrag von 100.000 Mark zum Wahlkampf leisten.

Arbeiterpartei besteuern. — Es handelt sich anscheinend um eine Sensationsnachricht des bürgerlichen Blattes.

Massenverhaftung von Arbeitern. Am Sonntag Abend verhafteten in sämtlichen Arbeitervierteln von Petersburg starke Polizeieinheiten und verhafteten über 300 Arbeiter. Der Polizeimeister beauftragte die Arbeiter durch besondere Plakate, die an den Fabriken angehängt wurden, daß die Polizei ohne weiteres von der Waffe Gebrauch machen wird, falls die Streikenden versuchen sollten, die Polizei auf irgend eine Weise zu belästigen.

Eindringung der russischen Wehrvorlage in der Duma. Die umfassende Wehrvorlage für den Reichsschutz zur Verwirklichung des großen militärischen Programms soll noch vor den Osterferien in der Duma eingebracht werden. Das Wehrministerium arbeitet elfri Entwürfe von 30 Aufmarschlinien zu dem Staatsbahnhof mit 45 Millionen Rubel Kostenanschlag aus.

Abenteuerliche Flucht eines russischen Spions. In Oesterreich ist vor mehreren Tagen der russische Postbeamte Kopot, der als Spion des Grafen Bobrinski in Brody verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden war, entflohen, nachdem er das Gitter seiner Zelle durchgeholt hatte. Nach manchen Abenteuern traf er an der russischen Grenze im Radwollnow ein und erkrankte den Behörden Bericht über den Vorfall.

Grenzkämpfe zwischen Serben und Albanern. Im Dorf Banja unweit Belgrad kam es zwischen aufständischen Albanern und serbischer Polizei zu einem Zusammenstoß, wobei der serbische Kreispräsident verwundet wurde. Die Albaner flüchteten über die albanische Grenze.

Bohott italienischer Waren. Nach einem Telegramm des „Stamoa“ haben die Kroaten der Ostadria, besonders in Spalato, den Boykott italienischer Waren beschlossen.

Wilde Pariser Frauenrechtlerinnen veranstalteten am Sonntag nachmittag in einem Privathaus der Rue Feytaud eine Kundgebung zugunsten des Frauenstimmrechts.

Zahlreiche Neugierige sammelten sich vor dem Hause, auf dessen Balkon ein Anschlag angebracht war, in dem auf die kuriose Weise die Teilnehmerin hingewiesen wurde, daß man den Frauen die Eigenschaft als Französinen, nicht aber als Bürgerinnen zubillige. Mehrere Frauen hielten Anreden, dann versuchten sie, auf den Boulevards eine Kundgebung zu veranstalten, aber die Polizei trennte die einzelnen Teile des Zuges von einander und zerstreute die Teilnehmer.

Die Vorgänge in China. In Shanghai wurde durch Zufall eine große geheime Organisation entdeckt, die auf eine Rettung Chinas hinarbeitet. Sieben Säbrevirgen sollten vom Reich abgetrennt und zu einer selbständigen demokratischen Republik zusammengefaßt werden. Infolge dieser Entdeckung sind in den Städten des südlichen Chinas Massenverhaftungen statt, denen zahlreiche Einrichtungen folgen dürften. Sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sind bereits verhaftet worden.

Attentat eines Kubaner in Spanien. Wie der Madrider „Imparcial“ aus Barcelona meldet, brang am Sonntag vormittag der venezolanische Nationalist Rosas in die Wohnung des früheren Präsidenten von Nicaragua, Zelaya, die in einem Vorort von Barcelona gelegen ist, ein und feuerte mehrere Revolverkugeln auf Zelaya ab, ohne zu treffen. Zelaya entriß dem Täter die Waffe und ließ ihn festnehmen. Rosas erklärte, er habe Zelaya töten wollen, weil er als Präsident seinen Ortel habe hürken lassen.

Christliche Gattungslosigkeit. Franz Lauenbaum, der jugendliche Führer der internationalen „Workers of the World“, der, wie wir dieser Tage ausführlich berichtet haben, während der großen Winternächte in New York Scharen von Arbeitslosen in eine latralische Kirche führte, damit sie sich dort erwärmen, ist jetzt wie Telegramme melden, zu einem Jahre Gefängnis und fünfhundert Dollars Geldstrafe verurteilt worden.

Parteiangelegenheiten.

Gemeindevertreterwahlen. Echöne Erfolge haben unsere Genossen bei den Gemeindevertreterwahlen im Regierungsbezirk Magdeburg errungen. In Altenplathow wurden zwei Genossen und in Schnarsleben ein Genosse gewählt. In Altbaldeleben und Kolbitz war es die ganze dritte Abteilung erobert. In Uben siegte unser Kandidat mit 34 gegen 9 Stimmen, in Förderstedt zwei Genossen mit rund 100 gegen 23 bürgerliche Stimmen. In Westerhausen wurde ebenfalls ein Sozialdemokrat in das bis dahin sozialistischer Gemeindeparlament gewählt. In Venneckenbeck siegte der Genosse Hildebrand in der 2. Abteilung. In Mellnitz wurde mit dem Genossen Eisfeld erstmalig ein sozialdemokratisches Mandat besetzt. Wieder gewählt und zwar ohne Gegenkandidaten wurden unsere Genossen in Darlingerode, Hohenobeleben, Groß-Öttersleben, Klein-Öttersleben, Dvenstedt und Ummendorf. Auch in Dickerndorf, Börne, Diesdorf, Suderode und Wulferstedt behaupteten wir unsere Mandate. — In der Gemeinde Neue Schleuse, wo die Sozialdemokratie infolge Zustimmungen im bürgerlichen Lager bereits einmal sämtliche Sitze der Gemeindevertretung innehatte, ging ein Mandat der 2. Abteilung verloren, während in der 3. Abteilung unser Kandidat wiedergewählt wurde. Auch in Hienleben verloren wir ein Mandat in der 3. Abteilung. Das sind aber zu löbliche Misserfolge.

Die Abonnenten-Versicherung der „Münchener Post.“ Auf dem südbayerischen Montag, der am Sonntagabend in München begann, kam zunächst die Abonnenten-Versicherung der „Münchener Post“ zur Sprache. Sowohl Genosse Timm, der den Vorstandbericht erstattete, wie auch Genosse Timm, der in seinem Referat über „Organisation und Agitation“ wies darauf hin, daß unser Münchener Parteigenosse durch das Verlassen der Parteigenossen in Stadt und Land zu der Maßnahme gedrängt worden sei. Als Timmermann bemerkte, daß die „Münchener Post“ schon früher hätte die Versicherung einführen sollen, erscholl laute Zustimmung aus der Reihe der Delegierten. Genosse Martels vom Parteivorstand bedauerte jedoch die Abonnenten-Versicherung; der Parteivorstand jedoch wie der Parteiausich in seiner Überzeugung haben dringend von der Einführung abgeraten. Die Stellungnahme des Vorstands gegen die Abonnenten-Versicherung sei durch das Verlassen der „Münchener Post“ hervorgerufen worden. Man hat Fragen auf der Parteitag zur Sprache kommen, werde der Parteivorstand zweifellos dazugegen Stellung nehmen. — In der Diskussion bewählten verschiedene Delegierte die Notwendigkeit der Versicherung, nur einer Fragebogen. In seinem Schlusswort betonte Timm, eine Verurteilung der Fraktion könne nicht immer bindend sein. Der Münchener Parteitag habe sich auch einmütig gegen die Arbeitslosen-Versicherung ausgesprochen; der Parteitag stimmte einstimmig dafür. Es habe sich um eine Hauptfrage gehandelt. Die „Münchener Post“ habe nur durch Drängen der praktischen Agitatoren nachgegeben. Man solle einmütig den Erfolg abwarten und dann festliche Stellung nehmen. Timmermann wurde durch die Versicherung geschützt.

Der neue Katalog
ist erschienen und
wird auf Verlangen
gratis zugesandt.



Der moderne Herren-Anzug

einreihige Form auf 3 Knopf oder mit
längerem Revers auf 1 und 2 Knopf,
sowie fescbe zweireihige Fassons

in allen modernen Farben

Kleine Karos

in schwarz-weiß, braun und mode,
sogenannte Depita-Stoffe

von der Mode bevorzugt

Vom Billigsten bis zum Besten
hervorragend gute Verarbeitung

Preislagen:		18 ⁵⁰	23 ⁵⁰	25	27	29 ⁵⁰	33		
36	39	42	45	48	50	52	54	57	60
63	69	72	75	78	82	84	87	M a r k	

In 23 verschiedenen Größen fertig am Lager.

Marengo Jacketts und Westen

16⁵⁰ 19⁵⁰ 26⁵⁰ 29⁵⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ 48⁰⁰ 54⁰⁰

Marengo oder schwarze Röcke und Westen (Cutaway)

19⁷⁵ 25⁵⁰ 29⁵⁰ 36⁰⁰ 39⁰⁰ 42⁰⁰ 48⁰⁰ 54⁰⁰

Einzelne Beinkleider

3²⁵ 4²⁵ 5⁵⁰ 6⁷⁵ 8⁵⁰ 9⁵⁰ 11⁷⁵ 13⁷⁵ 16⁰⁰ 19⁵⁰ 22⁵⁰ 25⁰⁰

Sportpaletots Cover-coat

26⁵⁰ 33⁰⁰ 36⁰⁰ 39⁰⁰ 45⁰⁰ 52⁰⁰ 57⁰⁰ 63⁰⁰ 69⁰⁰ 72⁰⁰

Marengo Cheviot-Paletots

18⁵⁰ 21⁰⁰ 24⁰⁰ 27⁰⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ bis 90⁰⁰

Moderne Herren-Artikel

Oberhemden weiß und bunt. 11⁵⁰ 9²⁵ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 6⁵⁰ 5⁵⁰ 4⁹⁰ 3²⁵

Krawatten Selbstbinder und fertige Formen in stets wechselnder bedeutender Aus-
wahl. 8⁵⁰ 6⁷⁵ 5²⁵ 4⁵⁰ 3⁹⁰ 2⁹⁰ 2²⁵ 1⁹⁰ bis 45 Pfg.

Hüte in modernen Formen, weich und steif 13⁵⁰ 10⁵⁰ 9⁵⁰ 7⁵⁰ 6²⁵ 5⁵⁰ 4⁵⁰ 3⁵⁰ 2⁵⁰

Handschuhe in Leder und Stoff

Taschentücher bunt und weiß

Hosenträger, Gummi oder Gurt

Westen in riesigen Sortimenten

Rudolf Petersdorf

Größte Bekleidungs-Spezialhäuser im östlichen Deutschland

Breslau / Oblauerstraße 8

Königsberg i. Pr.

Dosen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. März.

Das Schulzeugnis.

Die letzten Wochen der Schulprüfungen sind vorüber, der Jenseitstag ist herangerückt. „Wie wird sie ausfallen?“ Diese lange Frage hat in diesen Tagen auf so manches Abergemüt einen tiefen Schatten geworfen. Droht doch leider zu vielen Kindern, wenn sie ein schlechtes Zeugnis nach Hause bringen, eine harte Strafe. Und nicht gering ist die Zahl der Schülerelbstmorde; die durch schlechte Schulzeugnisse verursacht sind. Es ist ja auch schrecklich nicht nur elterliche Eitelkeit, die es nicht ertragen kann, ein „unbegabtes“ Kind zu haben; tatsächlich spielen die Schulzeugnisse — und da besonders die letzten — im späteren Fortkommen eines jungen Menschen eine große Rolle.

Eine Jenseit, sagte einmal jemand, ist ein Spiegel, in dem sich unsere Anteilnahme im Rückblick wiederlebt. Sie sind uns ein Hilfsmittel, damit wir dieser oder jener Unvollkommenheit nachsehen, daß wir in der Lebensgeschichte so manches großen Männer und Frauen die Lektüre vorzeichnen finden, daß ihnen ihre Lehrer oft genug sagten, daß aus ihnen nie etwas Großartiges werden würde. Und als sie dann ins wirkliche Leben gestossen wurden, da zeigte es sich, daß sie sehr oft die „Musterblätter“ überfliegen. Mancher, dem das Buchwissen der Schule nicht in den Kopf wollte, wurde, als er sich gewöhnlicheren Dingen zuwenden durfte, ein kräftiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Das ständige Gedankenwühlen erzeugt oft in Kindern, die schon an und für sich nicht ganz abstrakten Vorstellungen fähig — das liegt im Wesen des Kindes — eine Art Unklarheit. Haben sie nun gar noch einen Lehrer, der fort und fort am trockenen Worte klebt, und der es nicht versteht, durch Beispiele ihre Aufmerksamkeit zu erwecken, so geraten sie bald in eine gefährliche Gleichgültigkeit hinein, die dem Fortkommen in der Schule hinderlich ist. Oft genügt ein unbedeutender Anlaß, sie auszurufen. Fast immer aber bringen sie dem wirklichen Leben ein großes Interesse entgegen, und sie sind hier nicht selten ganz angewandte Menschen, die ihren Mann stehen. Dann sehen sie auch meistens ein, daß sie die kostbaren Jahre des Lernens nicht ordentlich ausgenutzt haben. Und doch haben sie meistens weniger Schul- als die Schule.

Eine ungenügende Ernährung spielt eine viel bedeutendere Rolle, als dies nach angenommen wird. Ein schwächliches, unterernährtes Kind kann in der Schule nichts Besonderes leisten. Da hilft keine Prügel, sondern besseres Essen, vielleicht auch etwas Nachhilfe durch die Eltern. Als aber lasse man sich aus unangebrachten Mitleidsgefühl dazu bewegen, dem Kinde bei seinen häuslichen Arbeiten zu helfen. Wohl kann ein guter Rat förderlich sein; nie aber nehme man dem Kinde die Arbeit ab. Dadurch verhindert man, daß sie sich auf eigene Füße stellen und selbst nachdenken.

Sehr oft ist es gänzlich dummsinnig, wenn ein Kind in der Schule etwas zurückbleibt. Es kann eine geistige Schwachfälligkeit sein. Die Kinder können nicht so schnell folgen. Bis sie den Lernstoff erfaßt haben, sind die übrigen schon längst weiter fortgeschritten. Manche wieder grübeln über das Gehörte im stillen weiter nach, sie können es nicht sofort in richtige Worte kleiden, obwohl sie es innerlich wohl erfaßt haben. Und dann kommt jene große Klasse der Faselbänke, deren lebhafter Geist sich in den Schulbrill nicht fügen kann — es sind oft die Begabtesten — und die nun ebenfalls bei den Prüfungen schlecht abschneiden. In all diesen Fällen hilft kein Strafen, sondern ein liebevolles Ergreifen der Ursachen des Mißerfolges.

Die kämpfenden Metallarbeiter.

Der Kampf in den Linde-Hofmann-Werken stellt an den Dpfermut der Ausgesperrten nicht geringe Anforderungen. Schon mehr als zehn Wochen stehen sie den Unternehmern gegenüber. Da ist es leicht begreiflich, daß manches entbehrt werden muß, um sich über Wasser halten zu können. Das werden die kleinen Gewerbetreibenden der Nikolaiorstadt wohl am besten spüren. Auch der Magistrat wird so langsam begreifen, welche Folgen dieser von der Direktion heraufbeschworene Kampf für unser Gemeinwesen haben muß. Nicht weniger als etwa 4000 Steuerreklamationen sollen in diesem Stadtbezirk erhoben worden sein.

Trotzdem sind die Arbeiter entschlossen wie am ersten Tage. Das unerhörte Vorgehen der Werkleitung hat sie so gründlich verbittert, daß sie lieber die größte Not ertragen, als in das Joch des Herrn Sieberg zurückkehren. Von den Tausenden, die feiern, eingerechnet die Fleischwunderkerchen, haben in den 10 Wochen höchstens 20 Mann den traurigen Mut gefunden, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen und arbeitswillig zu werden. Das ist ein schlagender Beweis vom ewigen Geiste der Ausgesperrten, der im Vergleich mit der Zerfahrenheit des Gegners ordentlich wühlend wirkt.

Der Metallarbeiter-Verband rechnet mit einem noch viele Wochen währenden Kampf. Aus diesem Grunde beschloß die Ortsverwaltung in ihrer letzten Sitzung, die Unterhaltungsarbeiten zu erhöhen, um die Widerstandskraft der Kämpfenden zu steigern.

Da Geldmittel ausreichend vorhanden sind, sollen für diese Woche 20 000 Mark als Extrazustellung unter die Sitzelenden verteilt werden. Werhelbstate erhalten acht Mark und Seibler sechs Mark. Außerdem erhalten alle länger als sechs Wochen Externen einen Lohn

senden Zuschuß zu ihrer Unterstüfung von 2 Mark, die länger als zehn Wochen Feiern den einen solchen Zuschuß von 8 Mark wöchentlich. Am Osterabend erhält jeder drei Mark für einen Feiertagsstempel.

Außerdem unterstützt der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ jedes seiner ausgesperrten Mitglieder mit zwei Mark in der Woche.

Soweit es also möglich ist, stehen die organisierten Arbeiter ihren kämpfenden Brüdern hilfreich zur Seite. Sie haben eine gemeinsame Sache zu verfechten, deren endlicher Sieg eine Freude für alle Proletarier sein wird.

Gegen die städtische Lustbarkeitssteuer.

deren Schärfe und Härte schon öfter von den Gastwirten geißelt worden sind, wandte sich gestern Abend im Frieberg eine Versammlung, deren Hauptkontingent die Geselligkeitsvereine der Stadt Breslau stellten. Als Redner hatte man den früheren Redakteur der „Breslauer Morgenzeitung“, Gustav Richter, gewählt, dessen Kampfspreche gegen die lästige Steuer an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. In Erwartung dessen hatten wohl auch die städtische Steuerverwaltung, gez. Wosniha, und der Stadtkammerer Matthes auf die freundliche Einladung zur Versammlung bestes Gedankt.

Zu einem Protest gegen die Lustbarkeitssteuer, meinte der Redner, sei es jetzt gerade der rechte Augenblick, wo die Stadt so viel Geld habe, daß sie die Jahrhunderthalle leer stehen lassen könne und wo Oberbürgermeister Matting die finanziellen Interessen der Stadt der sogenannten „Staatsraison“ opfere. Dann bewies er, daß die Einnahmen der Steuer in einem großen Grad keine Rolle spielen, in einem kleinen Gewerbetriebe diese aber sehr drückend empfunden wird. Den Gastwirten gegenüber sei sie die vierte Steuer auf denselben Betrieb: Einkommen, Gewerbe, Betriebs- und Lustbarkeitssteuer bilden gemeinschaftlich ein förmliches Erdrückungssystem, ein „Kraß des Privatbesitzes“. Speziell die letztere wirke verkehrshemmend und würde, wenn ein Privatier so handeln sollte, als ungerechtfertigte Vereicherung mit Strafe belegt werden. Die Stadt aber, so meinte etwas sehr drastisch der Redner, könne sich solche „ungerechtfertigte Vereicherungen, solche Verstoße gegen Gerechtigkeit, Moral und Ordnung“ leisten. Vom politischen Standpunkte aus geheisse es der Redner, daß dieselben Liberalen, die im Reich gegen indirekte Steuern schrien, in den Städten die Bürger damit belästigen, obwohl die „ganze Richtung“ darauf ausgeht, dem Volke das bisherige Vergnügen zu versalzen. Redner ist der Meinung, daß die Jugend in die Geselligkeitsvereine geht, nicht, um sich zu belustigen, sondern um dort Tanzen und den guten Ton zu studieren, die Theatervereine solle man nicht besteuern, denn in sie habe sich „das bürgerliche und klassische Drama“ geküchelt, da die Stadt für diese Kunstweize ja nur eine „Markthalle“ und ein feuergefährliches Gebäude habe. Die klassische Ungerechtigkeit werde gegenüber den Geselligkeitsvereinen verübt, die „angeseheneren“ Vereine sind steuerfrei, die anderen müssen zahlen! Das verstoße direkt gegen die guten Sitten. Die Sportvereine seien die patriotischsten Vereine, die es gibt, sie erziehen ein gesundes und wehrhaftes Volk, wo bleibt da die Staatsraison des Herrn Matting? Pferdereitern sind im Interesse der Landesverteidigung von der Lustbarkeitssteuer befreit worden, die Pflege des menschlichen Körpers dagegen werde versteuert. (Stürmische Kundgebungen.) Besonders hart sind von der Steuer betroffen die Gastwirte, die Kinos, die Varietes, das Urania-Theater habe man glücklicherweise ruiniert, der Zeltgarten wechelt alle Augenblicke den Besitzer, das Viktoria-Theater muß Operetten spielen und die eigentlichen Theater kommen immer tiefer ins Defizit. Neuerdings sei sogar die Heranziehung neuer Gasse als Lustbarkeit versteuert worden. Redner schließt seinen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: Weg mit der jämmerlichsten aller indirekten Steuern!

Ein Sekretär des Verbandes der Kinobesitzer, ein Vertreter der Tanzordner, der Vorsitzende des Gastwirtsverbandes und eine Anzahl weiterer Redner belegten das Bild, das der Referent gezeichnet hatte, mit weiteren Beweisen. Stadtratsordner Löbe sagte den Versammelten, daß sie zu spät aufgestanden sind, denn heute werde sich gegen die staatlich genehmigte Steuer kaum noch etwas ausrichten lassen. Selnerzeit habe er mit seinen Fraktionsgenossen allein dagegen gekämpft. Da er aber eine weitere Ausdehnung der Steuer auf alle Karren, auch unter 20 Pfennige, befürchte, so soll man rechtzeitig dagegen sich zur Wehr setzen. Bei ernsthaften Veranlassungen ohne Gewinn könne man auch auf Berücksichtigung von Befreiungsaufträgen rechnen. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

„Die am Montag, den 30. März, abends im großen Saale des Friebergs zu Breslau tagende, vom Bunde der Geselligkeitsvereine einberufene, große öffentliche Protest-Versammlung gegen die Breslauer Lustbarkeitssteuer erklärt nach dem Vortrag des Redakteurs Gustav Richter diese Steuer als einseitige, ungerechtfertigte und unbilligste Sonderbelastung eines Teiles der Breslauer Bürgerchaft. Die Steuer und ihre Handhabung stellt eine Brückung großer Bevölkerungs- und Erwerbsströme dar; für letztere bedeutet dieselbe geradezu die Einengung der Existenz, wenn nicht gerade die Aushebung derselben. Die verarmten, unzureichenden Interessen erziehen die Stadtverordneten Breslaus, unversäglich für die Aufhebung dieser rigorosen Sondersteuer einzutreten zu wollen, so der Magistrat augenblicklich auf solche einseitige, weite Kreise der Bürgerchaft beanspruchende und verbitternde Extrasteuer nicht verzichten will.“

Geselligkeitsvereine, Theatervereine, Spielclubs, Sportvereine, Saal- und Konzertsaalbesitzer, Gastwirte, Tanzordner, Kinobesitzer und andere Korporationen gaben ihre Unterstützung zu dieser Resolution.

Zur Vorbereitung von Kinderpielen im Sommer.

Aufruf an die Genossinnen!

Schon seit mehreren Jahren ist bei Ausflügen und Sommerfesten der Arbeiterchaft ein Mangel hervorgetreten, der immer dringender nach Abhilfe ruft: Es fehlt an einer einheitlichen und geschulten Leitung für die Bewegungsgänge- und Gesellschafts-Spiele der Kinder! Um hier Wandel zu schaffen, hat der Bildungsausschuß beschlossen, am kommenden Mittwoch nachmittag einen Kursus für erwachsene Spielerinnen, namentlich Frauen und Mädchen, zu beginnen, in welchem eine systematische Einführung und Unterweisung der Teilnehmer in einer großen Anzahl solcher Spiele erfolgt. Neben dem Wert eines fröhlichen Bewegungsspiels ein Wort zu verlieren, wäre überflüssig; die blickenden Augen, die glühend geröteten Wangen der Spielenden, die kleineren sprechen mehr als alle Worte sagen können. Dies heilsend und führend mitzuwirken, bietet jedem offener Menschenherzen eine hohe Erquickung und wir zweifeln nicht daran, daß unser Ruf bei zahlreichen Genossinnen, die nicht ganz und gar an Arbeit und Haushalt gebunden sind, einen kräftigen Widerhall findet. Die Leitung des Kursus liegt in den Händen des Genossen Alfred Schramm, dem Genossin Gantzer zur Seite stehen wird. Beide haben bereits Erfahrungen in diesen Dingen hinter sich und werden die neuen Aufgaben mit Sachkunde in die Hand nehmen.

Alle Frauen und Mädchen, die an dem Kursus teilnehmen wollen, finden sich zur ersten Zusammenkunft am Mittwoch nachmittag 1/2 Uhr im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses ein.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß.

Gegen die volle Sonntagsruhe.

Die Handlungsgehilfen kämpfen seit mehr als zwanzig Jahren um die volle Sonntagsruhe, die ihnen bei der langen Arbeitszeit an den Wochentagen dringend nottut. Auf der anderen Seite stehen aber die selbständigen Geschäftsleute und fordern, ihnen nur ja nicht den Sonntag mit seinen Verkaufsstunden zu rauben, weil sie sonst ungemein schwer geschädigt würden.

Zurzeit ist die Frage der Sonntagsruhe für die Handlungsgehilfen und Geschäftsleute äußerst brennend, weil sie der Reichstag gesetzlich regeln soll und seine 24. Kommission beschlossen hat, die volle Sonntagsruhe in Städten mit mehr als 75 000 Einwohnern einzuführen.

Hiergegen wandte sich mit großer Schärfe eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von selbständigen Gewerbetreibenden und Kaufleuten, die Montag Abend im Saale der „Neuen Börse“ auf der Graupenstraße tagte.

Hauptredner war der Generalsekretär Dr. Flemming vom Verein der Textil-Detailisten in Berlin. Die volle Sonntagsruhe, so führte Herr Flemming u. a. aus, schadet den allermeisten Geschäften, namentlich den kleinen Leuten, denen bedingt mindestens 30 Prozent der Wocheneinnahme verloren gehen. Die Bedürfnisse würden gewiß auch bei voller Sonntagsruhe gedeckt, aber der Kaufmann will nicht nur das notwendige verkaufen, er will zum laufen anregen. Es trete nicht nur eine Konsumverringering ein, sondern auch eine Konsum-Verzerrung. Die Landbevölkerung könne Sonntag nicht mehr in die Stadt kommen, wenn die Läden geschlossen seien; sie laufe dann bei den Hausierern und Verlanbgeschäften. Gerade in den Großstädten habe der Mittelstand besonders schwer zu kämpfen. Der Reichstag habe wieder einmal geglaubt, seinem sozialen Empfinden nachzugehen zu müssen, aber etwas schablonenhafter, als die Festlegung der vollen Sonntagsruhe in Städten mit mehr als 75 000 Einwohnern gäbe es nicht. Achtzig Prozent der Gewerbetreibenden leben von der Hand in den Mund, und wenn sie krank seien und alt, soerge für sie niemand. Hier sollte der Reichstag mit seinem sozialen Empfinden einsehen. Die Geschäftsleute wendeten sich keineswegs gegen die jähwahren sozialen Laufen, aber man sollte ihnen wenigstens nicht die Möglichkeit rauben, auch Sonntags das nötige Geld zu verdienen. In Deutschland müsse man schreien, um gehört zu werden. Es gelte, die Gleichgültigen auszurufen, diese größten Feinde im eigenen Lager, damit das Ziel erreicht werden könne.

Die Rede des Herrn Flemming wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach ihm sprachen in seinem Sinne Herr Gräffner, der Vorsitzende des Detailisten-Vereins, Herr Vogel, vom Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes, Herr Rugdan, der zweite Vorsitzende der Breslauer Handelskammer, Reichsanwalt Dr. Deede, als Vertreter des Kreimdenverkehrsvereins, und Herr Rosenbund aus der Bekleidungsbranche. Die Versammlung faßte den folgenden Beschluß:

„Die am 30. März 1914 in der Börse zu Breslau versammelten Mitglieder der unterzeichneten 25 kaufmännischen und gewerblichen Vereinigungen und Innungen, welche die verschiedensten Gewerkschaften umfassen, legen gegen die Beschlüsse der 24. Kommission des Deutschen Reichstages nachdrücklich Verwahrung ein.“

Die imposanten Kundgebungen aller Vereinigungen von Handel und Gewerbe im Deutschen Reich, die Resolution des Deutschen Handelstages, die Neuzugänge der meisten Handelskammern lassen keinen Zweifel darüber, daß die Einführung der vollen Sonntagsruhe den Lebensnerv ungezählter mittlerer und kleinerer Gewerbetreibender zu unterbinden geeignet erscheint.

Der Kommissionsbeschuß des Reichstages will den Städten mit mehr als 75 000 Einwohnern die vollen Sonntagsruhe aufliegen. Wir würden einen solchen Beschluß als jeden inneren sozialen Zusammenhang entbehrend, tief bedauern. Bei einer so schmerzlichen Maßnahme kann die Einwohnerzahl nicht ausschlaggebend sein. Es müssen vielmehr die britischen Verkehrs- und Erwerbsverhältnisse Berücksichtigung finden, welche im Osten wesentlich ungünstiger sind wie im Westen unseres Reiches und in den Großstädten umso erheblich schwieriger wie in den kleineren. Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß selbst Angehörige von Vereinigungen sich wegen der Abwanderung der Angehörigen in die Großstädte vielfach gegen eine derartige Differenzierung ausgesprochen haben.

Nach Lage der Verhältnisse ist es erforderlich, die Sonntagsarbeit umgehend gemäß den Bestimmungen der Reichstags-Resolution gesetzlich festzulegen. Die Regelung der Arbeitsstunden soll durch die Kommunen, dem Bedürfnis entsprechend, durch Ortsräte bewerkstelligt werden; es soll aber nicht gestattet sein, die gesetzliche Arbeitszeit weiter einzuschränken; außer wenn zwei Drittel der Beschäftigten der betz. Branche zustimmen.

Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß der Reichstag sich in seinen Entscheidungen durch die möglichen Verhandlungen, welche zu Gunsten der vollen Sonntagsruhe und Verlangt wurden, nicht wird beeinflussen lassen.

Schlesien, der meistens aus großen Herren vom Lande zusammen-

Der 51. Provinzial-Landtag hatte in seinen Sitzungen am 7. und 8. März 1913 die Etats des Provinzial- und des Landarmen-

Das Kaiserfest, das 1913 im Landeshaus abgehalten wurde, hat nicht weniger als 45.576 Mk. gekostet;

Breslauer Passanten-Schutzverein.

Am Montag tagte im Gerichtshaus an der Landbrücke die Vierteljahrs-Versammlung. Der Vorsitzende Dr. Konrad sprach über die Gefahren durch die Autos, die sich immer mehr steigern.

Das Opfer der Fremdenlegion.

Gegenüber der Meldung des Pariser Blattes „Matin“, daß die Angelegenheit der „Einrichtung“ des Fremdenlegionärs Rudnick aus Breslau eine Erfindung sei, will das Kriegsgericht in Opatowitz kein Todesurteil mehr gefällt haben.

* Kirchliche Löhne. Am 30. März fand im Gemeindehause von St. Bernhard eine Sitzung der Verbandsvertretung des Parochialverbandes zur Regulierung der Gehälter der Küster, Kantanten, Kirchendiener, Hauspächter usw. statt.

* Anordnungen im Breslauer Zeitungswesen. Im Breslauer Zeitungswesen sollen, nach der „Schlesischen Zeitung“, einige Veränderungen bevorstehen.

Was uns wurden vor einigen Tagen diese „Veränderungen“ bekannt. In der Politik der „Breslauer Zeitung“ dürfte sich infolge dieses Wechsels wenig ändern, denn dort spielte schon bisher Herr Dr. Dehke die erste Geige.

Die schwarzen Pöden. Die „Schlei. Ztg.“ meldet: Unter dem Verdachte der schwarzen Pöden sind gestern Abend zwei Personen, eine Frau mit ihrer erwachsenen Tochter, in die Polierstraße des Wenzel-Gaude-Krankenhauses eingeliefert worden.

Schwarz eines alten Ehepaars. Gemeint hier nach dem Verdachte der schwarzen Pöden sind gestern Abend zwei Personen, eine Frau mit ihrer erwachsenen Tochter, in die Polierstraße des Wenzel-Gaude-Krankenhauses eingeliefert worden.

verschlossen und außerdem mit allerlei Geräten und Möbelstücken verhehrt. Als man in das Wohnzimmer eintrat, fand man die Bewohner, den 68 Jahre alten Invaliden Bräuer und seine 67 Jahre alte Ehefrau, auf dem Sofa sitzend tot vor.

Ein verheerender Schlepplampfer. Am 30. März wurde der dem Schiffseigner Richard Weinhold in Breslau gehörende Seitenradschlepplampfer „Ruboll“, zur Zeit in der Döblenmündung in Breslau ankommend, vom Amtsgericht im Zwangsverfahren meistbietend versteigert.

* Einbrüche. In der Nacht zum Sonntag wurden auf der Moritzstraße aus einem Kaninchenstall drei Kaninchen gestohlen. Aus einem Vorkaufgeschäft auf der Neudorfstraße ist in der Nacht zum Sonntag ein Korb mit Eiern entwendet worden.

* Der alte Leichnam. Auf der Frankfurterstraße ist am Montag ein Gestirmt verunglückt. Er sprang von einem fahrenden Straßenbahnwagen, noch dazu in entgegengekehrter Richtung und erlitt schwere innere Verletzungen und einige Rippenbrüche.

* 700 Mark gestohlen. Eine Lehrerin von der Margarethenstraße hatte am Sonntag ihr Gehalt von 700 Mark erhalten und zwar zehn 50- und zehn 20-Markstücke. Sie legte das Geld in einem braunen Briefumschlag und steckte beides in ihre Schultasche.

* Strafenraub. Am Sonntag wurden auf der Adalbertstraße zwei Mädchen (zweieinhalb und vier Jahre alt) durch eine unbekante Frau um ihre goldenen Ohrringe beraubt.

* Aufgebundener Aindelsche. Am Sonntag vormittag entdeckte ein Bahndienstleister im Abtritt eines Wagens 4. Klasse ein neugeborenes Kind.

* Die Not der Arbeiter. Heute vormittag gegen 6 1/2 Uhr wurden die Samariter nach Danneberg- Ecke Claassenstraße gerufen. Dort war ein arbeitsloser Arbeiter völlig erschöpft zusammengebrochen.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Der tägliche Wahlsieg.

Zweimal sitzen wir wieder in G. Parlic. Genosse Hermann Gottwald wurde mit 63 Stimmen gewählt. Jetzt gehört in unserem Orte die ganze dritte Abteilung den Arbeitern. In der zweiten Klasse wurde Hausbesitzer Richter und in der ersten Hausbesitzer Kelle gewählt.

Klein-Leubusch, 30. März. Die rote Gemeinde bleibt. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindeverneuerung wurden, wie sich anders zu erwarten war, unsere Genossen in der zweiten und dritten Klasse wiedergewählt.

Mit Rücksicht darauf, daß unsere Genossen bereits 6 Jahre ununterbrochen die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben und damit auch gleichzeitig die Verantwortung über die Gemeindeverwaltung auf sich nehmen müssen, wurde von unserer Partei noch am Wahltage ein Antrag gestellt, daß die bisherige Tätigkeit unserer Gemeindevertreter behandelte und worin auch die Stellungnahme für die Zukunft darzulegen wurde.

Selbst der Gemeindevorsteher sollte beurlaubt werden, zu Gunsten Jadows ein ungeheures Amtshandlung vorzunehmen. Als hier dies ganz entschieden abgelehnt wurde, er noch beim Ratrat dadurch tenuziert, daß er die Sozialdemokratie bei den Wahlen begünstige.

nur nicht wie in irgend einer Weise bedrängt. Durch die steigenden Verhältnisse wird dieser aber häufiger gezwungen, berechtigten Wünschen der Arbeiterchaft Achtung zu tragen, weil diese eben die Mehrheit der Gemeindevertretung hat.

Nathen. Gemeindevorsteher erstlich zu a. h. l. Bei der in Nathen stattgefundenen Stichwahl zur Gemeindevertretung ergaben sich folgende Stimmen: Wilhelm Hoffmann aus Nathen 40, Hausbesitzer Paul Nitzsche aus Klein-Seidan 41 Stimmen.

Unsere diesjährige Generalversammlung wurde am Sonntag, den 28. März, bei Birne abgehalten. Der Distriktsführer gab einen sehr umfangreichen Bericht über unser Leben und Treiben in der polnischen Organisation.

Es wurden 11 Mitglieder und eine Generalversammlung abgehalten, in sieben Versammlungen wurden Vorträge gehalten, ferner wurden in diesem Jahre 800 Stück „Landboten“, 200 Stück Flugblätter und 200 Stück Kalender verteilt.

Der Distriktsvorstand wurde wiedergewählt. Die Verammlungen lehnten hiermit ihr Einverständnis mit der Geschäftsführung des Vorstands. Zur Gemeindeverneuerung wurden die Genossen gewählt, alles daranzusetzen, damit wir siegen.

Neueste Nachrichten.

Wiederverhaftung.

der Urheber der Köpender Bootskatastrophen. Berlin, 31. März. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters wurden der Schiffsführer Polzenhagen und der Bootsmann Valentin, die erst kürzlich freigelassen wurden, wieder in Untersuchungshaft genommen.

Verhaftung des Lübecker Brandstifters.

Lübeck, 31. März. Der Brandstifter, der im vorigen Jahr zahlreiche Lübecker Holzlager in Brand gesetzt hatte, ist jetzt in den Händen der Behörden. Die Verhaftung des Verbrechens erfolgte in Nachen. Dort versuchte er, in das Innere der Martenkirche zu gelangen.

Der Prozeß der Frau Caillaux.

Paris, 31. März. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt, wird die Verhandlung gegen Frau Caillaux erst in der zweiten Hälfte des Monats Juni stattfinden. Die Verteidigung der Frau Caillaux setzt bereits alle Hebel in Bewegung, damit die Anklage nicht auf Mord, sondern nur auf Totschlag, eventuell nur auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgange laut wird.

Vertrauenskundgebungen für Caillaux.

Paris, 31. März. Der Kongreß der radikal-sozialistischen Föderation des Departements Basses Pyrenées hat in einem Telegramm Caillaux seine fortwährende Sympathie ausgedrückt. Das republikanische Komitee von Marnes, dessen Arrondissement Caillaux amtierend in der Kammer vertritt, hat eine Delegation von 10 Mitgliedern nach Paris entsandt, um Caillaux zu bitten, seine Kandidatur aufrechtzuerhalten.

Entschuldigung der deutschen Regierung bei Rußland.

Paris, 31. März. Der „Figaro“ bestätigt in einer Petersburger Depesche die Tatsache, daß die deutsche Regierung sich bei der russischen Regierung wegen des Vorkommnisses des Verhaftens eines russischen Offiziers in Köln entschuldigt habe. Danach hat die deutsche Regierung dem russischen Botschafter in Berlin eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung ihr allgemeines Bedauern über den Zwischenfall ausdrückt und erklärt, daß mehrere Beamte der Lokalpolizei bestraft werden würden.

Hierdeausfuhr aus Ungarn.

Wien, 31. März. In den letzten Tagen wurden über die Grenzstation Bodvolocay etwa 3000 in Ungarn angekaufte Pferde nach Rußland transportiert, wo sie von der russischen Militärverwaltung übernommen wurden.

Die neue türkische Anleihe.

Konstantinopel, 31. März. Aus Paris hat Schewid bei dem Finanzministerium gemeldet, daß die große Anleihe auf 500 Millionen Frank unterzeichnet wurde. Die Auszahlung erfolgt am 20. oder 25. April. Die Anleihe wird in 40 Jahren zurückgezahlt werden.

Nach dem Wahlsiege der Arbeiter.

Sapadit, 31. März. Im Parlament wurde auf Antrag des Justizministers Dewet der scharfe Gesetzentwurf zur Verurteilung des Friedens, in dem strenge Strafen für Verurteilungen von Aufrührerischen und für Verhinderung von Arbeitswilligen bei Umständen vorgelesen sind, zurückgezogen. Dewet erklärte, er werde an Stelle der Bill einen Antrag zu dem Gesetz, betreffend aufrührerische Versammlungen und deren Auflösung, einbringen.

Der gewalttätige Polenauflauf.

Wien, 31. März. Das Rittergut Scherau, dessen Erwerb durch den Polen Brunner so viel Aufregung hervorgerufen hat, ist auf das Eingreifen des Präsidenten der Ansiedlungskommission gerichtlich aufgelassen worden, um Brunner zu verurteilen, es seinerseits gerichtlich eintragen zu lassen. Es bleibt ihm nun überlassen, seine Rechte auf dem Klagewege geltend zu machen. Im äußersten Falle soll das Enteignungsgesetz angewandt werden.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Der Erfolg der roten Woche in Oberschlesien ist durch ein Versagen in der Aufstellung des Parteivorstandes falsch wiedergegeben und von der Presse mit diesem Irrtum übernommen worden.

Die Schrebergärten am Hochwasserkanal. Ueber den Hochwasserschutz und den Großschiffahrtsweg ist Montag in einer Verammlung viel gesprochen worden, die vom Neolerungspräsidenten einberufen war.

Die steinlose Bahn Brodau, die von ihrer Eröffnung an nie so viele ihre Aufgabe erfüllen konnte, macht jetzt bekannt, daß der Betrieb wegen ungenügender Einnahmen am 31. März abends eingestellt wird.

Seibtmordverfuch. Ein Hammerhämmerer der Linde-Polmannwerke hat sich am Montag mittags in seiner Wohnung Friedrich-Wilhelmstraße 61 in vergiftet verübt.

Abgenommen wurde am Montag nachmittag der Kassierer des Breslauer Beamten-Spar- und Darlehens-Vereins S. Gleicher. Er hat nachgewiesenermaßen Unterschlagungen von vielen tausend Mark begangen.

Ballenbrand. Im Kellerraum der Firma W. Wurmuth, Werderstraße 33, entzündete am Montag nachmittag 5.37 Uhr Feuer. Die eintreffende Feuerwehr stellte fest, daß ein Ballen im Brand geraten war.

Theater, Konzerte und Vergnügungen. Mittelungen aus den Direktionsbüros. Ringkampf im Zeltgarten. Neue Größen werden die Meisterlichkeit von Schlesien bestreiten.

Stadt-Theater.

Margarete von Ch. Gounod.

An Stelle des Herrn Hochheim sang am Montag ein Herr Richard Tauber aus Dresden den Faust. Der Gast verfügte über eine sehr schöne, sympathisch klingende und in allen Lagen gleichmäßig leicht angehende Stimme.

solchen Fond von Stimme keineswegs besorgt zu sein. Herr Wilhelm sang den Mephisto, meines Wissen zum ersten Male. Die Leistung war, wie vorausgesehen, hauptsächlich nach der darstellerischen Seite höchst interessant.

Schlesisches Konservatorium der Musik.

Sonntag Abend hatten die Lehrer dieser, unter Leitung des Königl. Musikdirektors Herrn Max Buchholtz stehenden Anstalt ein Konzert in Kammermusikform.

Schlesien und Bosen.

Neisse, 31. März. Von der Eisenbahn überfahren. Am Sonnabend vormittag 11 Uhr wurde der Landwirt Emanuel Grande aus Neisse-Neuland beim Ueberstreifen des Bahnüberganges in Kilometer 49,180 zwischen Wischke und Neisse von dem Personenzug 454 erfasst.

Mysłowiz, 31. März. Ein Mord wurde am Mittwoch abend in Jendzorz (österreichische Seite der Dreikaiserreichs-ecke) verübt. Ein über berücktigter Russe namens Florke Wicz nach mit einem Messer einen österreichischen Arbeiter Kubahz dreimal in die Brust.

Laurahütte, 31. März. Das brennende Kind. Ein Knabe von der Spindlerstraße kaufte sich in einem Geschäft Feuerwerkskörper und steckte sie in die Tasche, wo sie explodierten.

Briefkasten.

A. D., Neuhadt. Ist eingegangen. Rücksendener. Zum Besuch der Sitzung kam der Brief leider zu spät. C., Neuhadt. Breslau hat etwa 645.000 Einwohner.

Aus der Geschäftswelt.

Lehrinstitut Breslau verfolgt den Zweck, seine Besucher für alle Berufe: Tischler, Schlosser, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau usw. zu vorzubilden.

Die Firma Raja-Berlin in Breslau, Schweidnitzerstraße 50, veranstaltet von heute an einen großen Refikame-Verkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Ein großer Teil der für diesen Refikame-Verkauf herabgesetzten Schmuckstücke ist in den Fenstern Schweidnitzerstraße 50 ausgestellt und wird empfohlen.

Bersammlungen und Vereine.

Dienstag, den 31. März: Arbeiter-Vertrauensmänner, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause. Mittwoch, den 1. April: Arbeiter und Politiker, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Advertisement grid containing various business listings such as Kaufhaus Adler, Uhr- und Goldwaren, Werkzeug- und Baubeschläge, and many smaller shops with their addresses.

Die Arbeiter legten dann am 7. März die Arbeit nieder. Sie richteten an alle Holzarbeiter der Umgegend das Ersuchen, sie in dem Kampfe zu unterstützen und den Zugang fernzuhalten.

Deutsches Reich und Ausland.

Die feindlichen gelben Wälder. Schon seit einigen Jahren kriecht es im Bunde der „nationalen“ Arbeiter. Im vergangenen Jahre trat die sogenannte Berliner Richtung aus dem Bunde deutscher Werkvereine aus, weil sie an ihrem Koalitionsrecht festhalten wollte. Das ist für sie eine Lebensfrage, denn schließlich wird sich ein intelligenter Berliner Arbeiter seine gewerbliche Freiheit nehmen lassen. Die „Essener“ dagegen, ganz im Schlepptau der Unternehmer, sind natürlich auch nicht einmal für solche Scheinabstimmungen zu haben. Jetzt haben sich die Berliner in einer Vertreterversammlung am Samstagabend zu einem Kartellverband deutscher Werkvereine zusammengesprochen. Hier wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach den Ausführungen der einzelnen Redner konstatieren wir, daß eine Einigung zwischen der Berliner und Essener Werkvereinsrichtung ausgemacht ist. Die auswendigen Vertreter deutscher Werkvereine begrüßen die Anregung zur Gründung des Kartellverbandes deutscher Werkvereine und geben die Erklärung ab, das Programm der Berliner Werkvereine anzuerkennen, weil es den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterschaft entspricht.“

Also auch hier liegt die radikale Richtung, die man einmal als verkappte Sozialdemokraten bezeichnete. So unersetzlich und beschämend das ganze gelbe Gewebe für die deutschen Arbeiter ist, so bleibt und doch die Hoffnung seiner Vergänglichkeits. Bei den Berlinern jedenfalls ist mancher schöne Unternehmeralter voraus vergangen worden.

Die Tarifbewegung im Berliner Brauergewerbe. Zu den Notizen über Streikbewegungen im Berliner Brauergewerbe teilt der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend mit, daß auf Grund einer gestern stattgefundenen Besprechung zwischen der Tarifkommission des Vereins der Brauereien und Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen die Tarifverhandlungen fortgesetzt werden und der heute ablaufende Tarifvertrag für die Dauer dieser Verhandlungen als verlängert gilt.

Kapellmeisterverband. Die in Operetten-Theatern, Varietés und Kabarets beschäftigten Kapellmeister haben sich nunmehr auch organisiert und zwar haben sie sich zu einem Kapellmeisterverband zusammengeschlossen. Der Verband bezieht die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kapellmeister. Es soll eine Zentralauskunftsstelle in Berlin eingerichtet werden, durch die auch freie Stellen vermittelt werden sollen. Ebenso ist eine Rechtsauskunftsstelle vorzusehen und ferner die Unterstützung bedürftiger Mitglieder und ihrer Hinterbliebenen. Vor allem aber beschäftigt der Verband ein Zusammengehen mit den Komponisten und einer seiner programmatischen Forderungen ist daher auch ein Autorenzuschuß. Die Kapellmeister glauben, daß die Autoren und Komponisten an einem Zusammengehen mit ihnen ein besonderes Interesse haben, weil die Kapellmeister es ja sind, die die Musikstücke zum Vortrag bringen und durch deren Mitwirkung daher eine Kontrolle über die vorgetragenen Stücke am besten ausgeübt werden kann. Der Sitz des neuen Verbandes ist Berlin. Vorsitzender ist Kapellmeister Paul Dübn-Friedenau, Stellvertreter der Vorsitzender Kapellmeister Wähler, Schriftführer Kapellmeister Viktor Röder und Schatzmeister Kapellmeister Antonius-Berlin.

Bei der Vorstandswahl in der Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M. erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 50 Stimmen und die der Gegner 6 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten im Vorstand 11 Sitze, die Gegner einen. Für die Arbeitgeberwahlen war nur eine Liste eingereicht worden. Die Wahl des Vorsitzenden soll am 31. März erfolgen. Es besteht die Hoffnung, daß der bisherige Vorsitzende, Genosse Graf wiedergewählt wird.

Streik in der Militäreisenfabrik Wrenth in Hamburg. Sämtliche organisierte Sattler dieser Firma sind ausständig, weil die Firma jede Lohnaufbesserung und Arbeitszeitverkürzung ablehnte und sich strikte weigert, mit den Vertretern des Verbandes zu verhandeln. Zwei Christliche, die vorerst arbeitswillig waren, haben nun auch den Betrieb verlassen. Die Firma sucht durch das nationale (gelbe) Arbeitersekretariat 50 Sattler für Militäreisenfabrik. Auch in ähnlichen Betrieben erscheinen Inzerate unter Chiffre. Alle Versuche, auf diese Weise Streikbrecher zu werben, schlagen bis jetzt fehl. So wird es hoffentlich bleiben. Zugunach Hamburg ist streng zu meiden.

Neuer Kohlenarbeiterstreik in England in Sicht. Wie aus Barnsley in Yorkshire gemeldet wird, haben die 170 000 Kohlenarbeiter in Süd-Yorkshire, die ihre Kündigung eingereicht haben, gestern beschlossen, diese aufrecht zu erhalten, so daß in der nächsten Woche, wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Aenderung eintreten sollte, dort ein riesiger Kohlenarbeiterstreik beginnen wird, der mindestens 350 000 Kohlenarbeiter betreffen dürfte.

Der Streik der Hausarbeiter in St. Nazaire wurde nach fast viermonatlicher Dauer beendet, nachdem die Unternehmer ihren Plan, eine große Anzahl von Arbeitern mit Monatslohn anzustellen, aufgegeben hat.

Der französische Gewerkschaftskongress wird vom 14. bis 21. September in Grenoble stattfinden und besonders die Stellung des Gewerkschaftsbundes zur sozialen Bewegung sowie die Frage der Wiederwählbarkeit der Gewerkschaftsfunktionäre behandeln.

Schlesien und Posen.

Von der Anwendung des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes in Posen.

Das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 wollte ein einheitliches und von liberalen Auffassungen geleitetes Vereinsrecht für das ganze Reich schaffen. Es wollte nicht nur die nachherigen gesetzlichen Beschränkungen der Einzelstaaten, sondern auch die oft heimlichen und vielfach schändlich empfindlichen Eingriffe politischer Behörden in das Vereins- und Versammlungsleben beseitigen. Daß die sozialdemokratische Reichsorganisation der „liberalen“ Auslegung des neuen Gesetzes mit Recht großes Mißtrauen entgegenbrachte, ist durch die Praxis schon tausendmal bewiesen und wird jeden Tag aufs neue bestätigt, wie folgender Fall zeigt:

Zwei Breslauer Gewerkschaftler hielten am Sonntag, den 1. Februar, in Neu-Mittelwalde, Kreis Baranbör, eine Regellehrer-Versammlung ab. Obgleich es sich um eine ausschließlich gewerkschaftliche Zwecke dienende Zusammenkunft handelte, waren doch zwei Polizeibeamte erschienen, die auch nicht das Lokal verließen. Später wurden die Personalien des Versammlungsleiters, des Genossen Zenon, Breslauer festgesetzt, der sich nicht auszureichen zu legitimieren vermochte und daher den Beamten nach dem Bürgermeisterrat folgen mußte. Dort erst wurde es nach längerem Hin- und Hergehen entlassen. Er sollte gegen den § 5 des Reichsvereinsgesetzes verstoßen haben. (Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung ohne vorherige polizeiliche Anzeige.) Gegen einen ihm zugewandten Strafbescheid von 15 Mark erbat er Einspruch.

Jetzt stand der Sinder vor dem Schöffengericht in Neu-Mittelwalde, wo er entlassen befristet, sich straflos gemacht zu haben.

haben. Es sei eine Verformung nach § 6, Abs. 3, des Verengesetzgesetzes, die sich auch nicht mit politischen Angelegenheiten beschäftigen habe. Der polizeiliche Zeuge behauptete, daß der Referent in jener Versammlung von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Regellehrer, vom Fabrikarbeiterverband, von den Schläfrinnen der Ziegler, dem Mannheimerverein, der Unfall-Gesellschaft, gesprochen habe. Auch der als Zeuge vernommene Redner bestritt, politisch gesprochen zu haben.

Die Amtsverwaltung vertrat Herr Bürgermeister Neumann in Neu-Mittelwalde, der seit Anfang dieses Jahres das Stadtkommando und wolle registriert. Als Genosse Zaneta dem jungen erschienenen Gendarmen die Frage vorlegte, wer ihn denn beauftragt hätte, dieser Regellehrer-Zusammenkunft besondere Aufmerksamkeit zu widmen, antwortete dieser, er habe den Auftrag von dem Bürgermeister erhalten. Der Herr Amts-Anwalt erwiderte, daß die Angelegenheit nicht mit 15, sondern mit 50 Mark zu bestrafen.

Das Gericht verwarf die Berufung und erkannte auf 15 Mark Geldstrafe. Die Verhandlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Ausdrücke über das Schläfrinnen- und Mannheimerwesen, die Bezugnahme auf die National-Fabrik und Gewerbe-Inspektion seien zwar keine parteipolitischen Fragen gewesen, aber sie seien wirtschaftlich-politisch und begünstigten einen Einfluß auf die Gesetzgebung.

Dieses Urteil ist unannehmbar, das Landgericht in Cess, welches es nicht aufrechterhalten können. Es wird einen künftigen Unterchied zwischen politischen und gewerkschaftlichen Fragen machen müssen.

Wesentlich, 31. März. Gewalttätigkeit eines Forst-Assessors. Der Ortsbürgermeister Weller fuhr aus dem Kiefernwald für einen Forstbeamten sogenannten Arbeiterholz ab. Im dem Wald befanden sich einige Schäfte, die Weller mit sich führte, weil er der Meinung war, daß sie dazu gehören. Nachdem Weller schon ein Stück gefahren war, begannen die Forstassessor, der die Schäfte auf dem Wagen entbede. Seiner Aufforderung, das ganze Holz wieder abzuladen, leistete Weller nicht Folge mit dem Hinweis, daß dasselbe einem Forstbeamten gehöre und daß die Schäfte im Wald gesteckt hätten. Als Weller dann weiterfahren wollte, zerschlug der Herr Assessor das Geschirr, sodaß dieser gezwungen war, den Wagen stehen zu lassen und mit den Pferden nach Hause zu gehen.

Ob die Holzschäfte in das sogenannte Arbeiterholz gehörten oder nicht, erzieht sich unserer Kenntnis. Geheiß aber den Forst Assessor nicht, dann hat aber der Herr Assessor noch lange kein Recht, die Geschäfte zu zerstören und dem Fuhrmann dadurch erhebliche Schäden zuzufügen. Sicher wird es doch dem Herrn Assessor eine Kleinigkeit gewesen sein, die Adresse Wellers zu erfahren, wenn sie ihm überhaupt noch nicht bekannt war. Die Art „Straßensittung“ wird hoffentlich noch ein zivilgerichtliches Verfahren im Besolge haben.

Wesentlich, 31. März. Ein Kind ertrank. In den Mühlgraben des Oberdorfes Nitzke am Sonnabend das dreijährige Kind des Ehepaars Ulrich und ertrank. Die kleine Leiche wurde zwar bald geborgen, aber die angestellten Wiederbelebungsversuche waren vergeblich.

Wesentlich, 31. März. Schadenfeuer. Am Sonntag früh in der vierten Stunde kam in dem Gehöft des Gutsherrn Denny ein Schadenfeuer aus. Es brannten ein Schuppen und eine Remise völlig aus. Außer landwirtschaftlichen Maschinen verbrannten auch vier Schweine.

Wesentlich, 31. März. Nachwinter. Im Sonnabend trat in verschiedenen Teilen der Grafschaft Schneefall ein, der die Nacht über anhielt und auch am Sonntag stellenweise fortwirkte. Am Mittwoch a. v. blieb der Schnee von 500 Meter Höhe an liegen, die Kapuzinerplatte und die umliegenden Höhenzüge erschienen weiß. Der Schneebau und seine Nachbarberge hatten schon vor einigen Tagen die weiße Dube wieder angefaßt. Sonnabend fiel auch in der Landecker Talgegend Schnee. Glaz und nähere Umgebung blieben schneefrei.

Im Riesengebirge schneite es am Sonntag ebenfalls sehr stark.

Hattmannsdorf bei Marklissa, 31. März. Gemeindevahl. Bei der am Sonnabend abend stattgefundenen Gemeindevorteilwahlen wurde in der dritten Abteilung unser Genosse Wirtschaftsbefitzer Wilhelm Enders mit 13 gegen 3 Stimmen, die der bisherige Mandatsinhaber Hausbesitzer Leopold erhielt, gewählt.

Trebnitz, 31. März. Gelandete Leiche. Auf Auraler Gutsherrn wurde die Leiche des Gutswächters Heinrich Scharf aus der Ober-Landeb. Scharf wurde seit dem 26. Dezember v. J. vermißt. Man vermutet nach der Verunglückte abends auf dem Wege vom Kretscham nach Hause in den Fluß geraten zu sein.

Mittelwalde, 31. März. Ein Opfer der Glut. Der Maurer Albert Wagner aus Schönau geriet nachts auf einen Lebeweg, der ihn bis zur Höhe führte. Er stürzte hinein und fand in den Glut seinen Tod.

Glogau, 31. März. Mit Pferd, Kalb und Wagen durchgegangen. In am vergangenen Mittwoch der erst seit vier Wochen beim Fleischermeister Wätzer in Gramschütz bei Glogau in Stellung befindliche Fleischergehilfe Budach. Er fuhr nach Neusalz a. d. Oder, wo er, nachdem er das Kalb verfilbert, Pferd und Wagen für 140 Mk. verkaufte. Der Fleischermeister ging nun, als sein Gehele nicht zu Hause eintraf, auf die Suche und fand ihn in fidele Stimmung und mit einer Barschaft von noch etwa 70 Mark vor, der Rest von Kalb, Pferd und Wagen. Das Pferd, das einen Wert von 1100 Mark hatte, schlug Budach für 100 Mark los. Der Meister ließ den Gehele verhaften.

— 14 Schweinegestohlen hat der Stellenbesitzer Hermann Paul Herzbeher in Schönau, der beim Oberamtmann Winkler, der eine große Schweinezucht betreibt, als Schweinemeister angestellt war. Außer den Schweinen hatte er noch Entepflanzen, Kürbispflanzen, Kogenschäufeln und Kogenschäufeln gezohten, wobei ihm der Gärtnereibesitzer Lange unterstellte. Herzbeher wurde von der Glogauer Strafkammer zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Sein Vermögen Lange wegen Beihilfe den Gehele bekam 1 Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Karlsmarkt, 31. März. Wer ist der Tote? Von einem Leichenfund wird der „Vrieger Zeitung“ von hier berichtet: Sonntag früh wurde auf einem Grundstück am Wege von Karlsmarkt nach Raschwitz, an der Raschwitzer Ecke, eine männliche Leiche gefunden. Es handelt sich um einen etwa 40 bis 45 Jahre alten Arbeiter, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Es liegt zweifellos kein Mord, sondern nur ein Unfall vor, da Uhr und etwa 16 Mk. Geld sich noch vorfanden. Bei der Leiche lag auch ein Fahrrad, und es ist anzunehmen, daß der Betreffende aus der Arbeit zurückkehrte und auf den schlechten Wegen nicht mehr Herr des Rades war. Jedenfalls ist er dabei müde geworden, hat sich hingesetzt und ist erfroren. Trotz verschiedener Nachforschungen konnte man die Person des Toten noch nicht feststellen. Da er auf dem Gebiet der Gemeinde Kauernt gelegen hatte, wurde er in die Leichenhalle nach Kauernt geschafft.

Kempitz, 31. März. Ist der Neujahrstag ein Feiertag, wenn er auf einen Wochentag fällt? Ein Genosse von hier hatte von der Polizei ein Strafmandat erhalten, weil er den Tod seines in den späten Abendstunden des 31. Dezember verstorbenen Kindes mit Rücksicht auf den Neujahrstag erst am 2. Januar dem Standesamt anmeldete. Weil nun das Gesetz über die Beurkundung der Ehebände im § 56 lautet:

Jeder Ehebefall ist spätestens am nächstfolgenden Wochentage dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem der Tod erfolgt ist, anzuzeigen.

beantragte der mit dem Strafmandat beglückte Genosse richterliche Entscheidung. Er war der Meinung, daß der Neujahrstag, selbst wenn er auf einen Wochentag fällt, doch ein gesetzlicher Feiertag ist und daß er mit der Anmeldung des Todesfalles bis zum nächsten Wochentag warten konnte. Vom Schöffengericht Neusalz wurde er jedoch befehrt, daß der Neujahrstag immer dann ein Wochentag ist, wenn er auf einen solchen fällt und daß die Anmeldung an einem solchen Tage hätte erfolgen müssen.

Um eine prinzipielle Entscheidung darüber herbeizuführen, wird sich die Anrufung der höheren Instanz empfohlen.

Malwitz, 31. März. Bei den Ausschuwahlen für die Allgemeine Ortskrankenkasse, die am Sonntag stattfanden, wurden abgegeben für die Liste der freien Gewerkschaften 444, für die vom christlich-nationalen Wahlausschuß 218 Stimmen.

Polen, 30. März. Reun Opfer von Fährlichkeit. In Borel ist eine aus 9 Personen bestehende Familie an Erlichlose Lebensgefährlichkeit erkrankt. Der Fleischbeschauer, der das Schwein für trichinenfrei erklärt hat, versuchte sich zu erschließen, verletzte sich aber nur unbedeutend.

Mogilno, 31. März. Unter schwerem Verdacht. Auf Veranlassung der Gnesener Staatsanwaltschaft wurde in Mogilno, Kreis Mogilno, der Eigentümer Mactejewski verhaftet. Dort brachte dieser Tage ein Haus, in welchem M. zur Miete wohnte. Bei den Aufschäumungsarbeiten fand man im Keller seine Frau als verkohlte Leiche vor. Ueber den furchterlichen Verbrennungstod der Frau M. laufen allerhand Gerüchte um.

Breslauer Schlachthausmarkt. Amtlicher Bericht über den Schlachthausmarkt am 29. März 1914. Der Markt betrug: 21 Rinder, 1148 Schweine, 197 Kühe, 206 Schafe. Hierzu Ueberhand vom vorigen Markt: 9 Rinder, 60 Schweine, 1 Kühe, 27 Schafe.

Es wurden bezahlt für 50 Kilogramm:

	Lebendgewicht:	Schlachtgewicht:
I. Rinder. A. Ochsen:		
Wollschafige, ausgemästete Ochsen höchsten Schlachtwerts	41-45	70-79
die noch nicht gemästet haben (ungezogen)	38-41	69-75
Wollschafige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren	29-34	58-68
Junge, fleischig, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete	bis 28	bis 52
B. Kühe:		
Wollschafige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	44-45	76-78
Wollschafige jüngere	40-43	73-78
Wollschafige, nicht ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	bis 40	bis 80
C. Kalber und Kähe:		
ausgemästete, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	40-44	70-77
Wollschafige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts, im Alter von 7 Jahren	36-40	67-74
ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalber	30-33	60-66
Wollschafige, ausgewachsene Kühe und Kalber	24-28	58-62
Geringere ausgewachsene Kühe und Kalber	bis 24	bis 57
D. Geringere ausgewachsene Jungvieh (Kälber):		
I. Kälber:		
Lebende, nicht gemästet (aus dem Schlachthaus)		
Mittlere Größe, und beste Saugfähige	63-65	109-114
Geringere Größe, und gute Saugfähige	54-55	96-98
Geringere Saugfähige	42-46	84-92
II. Geringere, A. Stallmästliche:		
Mastkälber und jüngere Mastkälber	47	92
ältere Mastkälber, geringere Mastkälber und gut gewachsene Jungkälber	30-41	85-89
Kälber, gewachsene Mastkälber (Wesentliche)	30-33	60-69
B. Weidemastliche:		
Mastkälber		
Geringere Kälber und Kähe		
II. Schafvieh:		
Wollschafige Schafvieh über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	46-48	58-61
Wollschafige Schafvieh über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	46-48	59-62
Wollschafige Schafvieh über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	45-46	58-60
Wollschafige Schafvieh über 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	43-45	57-59
Sauen und geschäftigte über	41-44	53-57
Lebendgewicht über 150 Kilogr. (300 Pfund) Lebendgewicht		

Der Schlachthausmarkt war mittelmäßig. Anschlag nach Durchschnitt: 20 Schweine, nach Mittel- und Niederpreisen: 1 Rind, 10 Schafe, Ueberhand verbleiben: 13 Rinder, 41 Schafe. Von den Schweinen wurden verkauft: 16 zu 62, 32 zu 61, 133 zu 60, 210 zu 49, 310 zu 48, 207 zu 47, 133 zu 46, 77 zu 45, 9 zu 44, 4 zu 43, 4 zu 42, 3 zu 40 Mark.

Breslauer, 30. März. Verhaftet von der Marktnotierungskommission für Getreide.

	17,90	18,10
Weizen, gute Qualität der besten Sorte	17,90	18,10
Woggen	14,40	14,70
Gafer	14,20	14,40
Braunweizen, der besten Sorte	15,20	16,00
Wollschafige Weizen der besten Sorte	13,80	13,60
Wollschafige Weizen, gute Qualität der besten Sorte	24,50	26,00
Roggenweizen	21,60	22,00
Roggenweizen der besten Sorte	17,00	17,50
Sau	5,40	6,20
Gerstentrot	4,20	4,60
Erbsentrot	2,00	2,40

Breslauer, 30. März. Verhaftet von der Marktnotierungskommission für Getreide. (Fortsetzung des Textes über den Getreidemarkt)

Mitglieder der Partei und vom Konsum-Verein kaufen

Gardinen, Stores

Julius Fein vis-a-vis Kissling.

Günther & Otto Rohrtabakhandlung Breslau, Reuschestrasse 51

Verlert Ende April 1914 die Gültigkeit.

Nur von Abonnenten benutzbar. Gegen Einsendung dieses Gutscheines hat der Abonnent im Kleinen Anzeiger 5 Worte umsonst.

Das Inserat enthält... ab 5 Worte umsonst es sind somit... zu bezahlen.

Expedition der „Volkswacht“ Breslau, Neue Graupenstr. 7, I.

Ausschneiden und für den Bedarf aufbewahren.

Ausschneiden und für den Bedarf aufbewahren.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige.

Kauf und Verkauf

Einfacher 2siger Sportwagen verkauft billig... Mäpplungen mit 2. Sitz... Schuwaren-Gelegenheitskäufe...

Wiegenst. gebraucht zu kaufen gesucht... Zum Schulanfang empfiehlt... Schönen gelben Over. 5 Ren. alt...

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen...

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Grid of advertisements for various businesses across different provinces including Glogau, Ohlau, Gorkau, Gutsdorf, Jauer, Märzdorf-Steindorf, Peisterwitz, Qualkau, Rotsürben, Saarau, Bunzlau, Neumarkt, and others. Each entry lists the business name, location, and contact information.



